

## **WP-02**

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

---

## **NRW – ZUKUNFT DURCH INNOVATION**

### **1 Mobilität/NRW kommt gut an!**

2 Mobilität ist wesentlich für die soziale Teilhabe der Menschen und die wirtschaftliche Ent-  
3 wicklung unseres Landes. Dabei verbraucht Verkehr immer Ressourcen. Deshalb wollen  
4 wir nach Möglichkeit Verkehre durch eine nachhaltige Siedlungspolitik und intelligente  
5 Vernetzungssysteme verringern. Um die klimapolitischen Ziele der Pariser Weltklimakon-  
6 ferenz zu erfüllen und Lärm und Schadstoffbelastung in Innenstädten zu verringern, brau-  
7 chen wir so schnell wie möglich ein Umsteuern. Den Verkehr von Menschen und Gütern  
8 wollen wir so gestalten, dass eine umweltfreundliche Mobilität möglich ist. Lebenswer-  
9 te Städte sind unser Ziel, dazu muss v.a. Fahrradfahrer\*innen, Fußgänger\*innen und dem  
10 ÖPNV wieder gleichberechtigt Raum zugewiesen werden. Diese nachhaltigen Verkehrssträ-  
11 ger sollen so bald wie möglich die Mehrheit der Verkehrswege in unseren Städten ausma-  
12 chen. Wir verbessern mit grüner Verkehrspolitik die Mobilität von Menschen und Gütern  
13 und ergreifen Maßnahmen für weniger Staus, Abgase, Lärm und Flächenverbrauch.

14 Der wachsenden Nachfrage nach optimaler Kombination der Verkehrsmittel wollen wir  
15 über Vernetzung, digital und praktisch vor Ort, entgegenkommen. Wir stärken den Öffent-  
16 lichen Nahverkehr, die Schiene, das Fahrrad, den Fußgängerverkehr, die Binnenschifffahrt  
17 und sorgen so dafür, dass Menschen und Güter umweltfreundlicher unterwegs und mobiler  
18 sind.

### **19 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

20 Wir haben in NRW die Weichen für die Mobilität von morgen gestellt: Der Klimaschutz-  
21 plan gibt die Richtung vor und unser Masterplan Elektromobilität schafft den Rahmen für  
22 die Unterstützung vieler innovativer Unternehmen, die im Bereich der E-Mobilität unter-  
23 wegs sind. Mit dem Programm „Emissionsfreie Innenstädte“ schaffen wir Leuchttürme für  
24 die Mobilität von morgen. Nordrhein-Westfalen ist Bahnland Nr. 1. Mit der Novelle des

25 ÖPNV-Gesetzes werden der Ausbau – insbesondere in den ländlichen Räumen – die Elek-  
26 trifizierung und die Barrierefreiheit des ÖPNV noch stärker gefördert. Erfolgreich wurde  
27 Nordrhein-Westfalens Anteil an den Bundesmitteln für den öffentlichen Nahverkehr er-  
28 höht. Wir haben das Sozialticket fast überall in Nordrhein-Westfalen etabliert. Der RRX  
29 wird vertraglich gesichert kommen. Viele Bahnhöfe wurden mit unserer Hilfe moderni-  
30 siert. Zwischen Duisburg und Hamm entsteht Deutschlands erster Radschnellweg, der in  
31 der Metropole Ruhr Standards für die Zukunft setzt. Wir haben den Weg freigemacht, um  
32 Radschnellwege künftig planerisch und finanziell den Landesstraßen gleichzustellen. So  
33 bleibt Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft beim Radverkehr Vorreiter. Mit einem eigenen  
34 Programm fördern wir die Nahmobilität in Nordrhein-Westfalen und setzen den Aktions-  
35 plan Nahmobilität um. Wir unterstützen die Kommunen in NRW, die sich mit dem Ziel  
36 einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung auf den Weg zu einer Mobilitätswende vor Ort  
37 begeben und ihren öffentlichen Raum neu aufteilen wollen. Wir haben die Auszehrung  
38 des Landesvermögens durch den Verfall der Landesstraßen nach Jahrzehnten gestoppt  
39 und investieren Jahr für Jahr Rekordsummen in den Erhalt der Landesstraßen Mit dem  
40 Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept schaffen wir den Rahmen für eine umwelt-  
41 verträgliche Verlagerung der Güterverkehr auf die Wasserstraße. Die „Vision Zero“ – Null  
42 Verkehrstote – ist Leitbild unserer Verkehrssicherheitspolitik. Hierfür wollen wir beispiele-  
43 weise mit einem landesweiten Programm vorangehen, dass Autofahrer\*innen für die Si-  
44 cherheit von schwächeren Verkehrsteilnehmer\*innen wie Radfahrer\*innen sensibilisiert.  
45 Wir sind also schon gut unterwegs, aber noch längst nicht am Ziel.

## 46 **Emissionsfrei mobil – Drei Säulen: kurze Wege – effizienter** 47 **Transport – Elektromobilität**

48 Der Abgasskandal hat gezeigt: Der Verbrennungsmotor ist ein Auslaufmodell. Wir brau-  
49 chen einen Systemwechsel – einen weiteren industriellen Sprung, so wie wir ihn bei Wär-  
50 me und Strom schon erfolgreich eingeleitet haben. Es geht um eine neue industriepoli-  
51 tische Leitentscheidung von zentraler Bedeutung für den Industriestandort NRW! Denn  
52 unser Bundesland zählt zu den bedeutendsten Automobilstandorten Deutschlands: Rund  
53 ein Drittel der deutschen Zuliefererindustrie sind in NRW ansässig. Die über 230 Betriebe  
54 des Fahrzeugbaus erzielten 2014 mit über 84.000 Beschäftigten einen Umsatz von 31,7  
55 Mrd. Euro. Berücksichtigt man neben den direkten Zulieferern auch die indirekten Akteure  
56 – z.B. Hersteller von Metallzeugnissen – dann haben wir sogar 800 Unternehmen mit  
57 rund 200.000 Beschäftigten. Wir decken die gesamte Wertschöpfungskette vom Motor über  
58 Getriebe, Abgassysteme- und nachbehandlung und natürlich auch Forschung und Entwick-  
59 lung ab. Im Bereich der Forschung für E-Fahrzeuge und elektrische Antriebskomponenten  
60 verfügt NRW über eine hervorragende Kompetenz – so etwa das Batterieforschungszen-  
61 trum MEET (Münster) und die TH Aachen. Schon heute wird in NRW mit Batterietechnik  
62 Wertschöpfung erzielt. Es gibt auch darüber hinaus gute Beispiele für Technologien inno-  
63 vativer Firmen, die mit entsprechenden Arbeitsmarkteffekten für emissionsfreie Antriebe  
64 forschen und diese produzieren.

## Wir bringen die Energiewende auf die Straße – Perspektive emissionsfrei mobil 2030

Das Fahrzeug der Zukunft ist grün. Über ein EEG\*mobil/Null-Emissionsgesetz nach kalifornischem Modell, eine Technologieoffensive E-Mobilität, die umfassende Elektrifizierung des ÖPNV und Pionierstädte für emissionsfreie Mobilität bringen wir die Energiewende auf die Straße und schaffen zugleich eine industriepolitische Perspektive für unsere Zulieferindustrie. Batterie oder Wasserstofffahrzeugen mit neuen Werkstoffen gehört die Zukunft. Die hierzu erforderliche Infrastruktur (Tank- und Ladestationen) sowie Grundlagen- und Anwendungsforschung wollen wir mit einer Technologieoffensive und der Unterstützung der Energieagentur und der Leitstelle Elektromobilität weiter fördern, damit auch weiterhin nordrhein-westfälische Unternehmen in diesem Wachstumsmarkt erfolgreich sein werden. In der nächsten europäischen Förderperiode wollen wir die den emissionsfreien Verkehr zu einem der nordrhein-westfälischen Förderschwerpunkte machen, damit wir für die Verkehrswende starke Impulse setzen können.

An den Hochschulen unseres Landes sollen Gelder und Ressourcen bereitgestellt werden, um Institute bzw. Lehrstühle im Bereich nachhaltiger Raum- und Verkehrsplanung bzw. Verkehrsökologie zu schaffen.

## 100 Mobilitätsstationen für NRW

Das Mobilitätsverhalten befindet sich im Wandel: Immer mehr Menschen sehen im privaten PKW nicht mehr die einzige Möglichkeit, sich fortzubewegen. Viele Pendler\*innen setzen ihre Wege aus verschiedenen Verkehrsmitteln zusammen. Sie fahren zunächst mit dem Rad zum ÖPNV-Haltepunkt, dann in der S-Bahn in die Innenstadt und von dort mit dem Bus zur Arbeit. Das Smartphone wird dabei zum Leitmedium bei der Buchung und im Alltagsverkehr. Deshalb wollen wir 100 Mobilitätsstationen für NRW schaffen, die verschiedene Angebote wie Fahrradabstellanlagen, E-Bike-Lademöglichkeiten, CarSharing und den ÖPNV miteinander verknüpfen.

Wir wollen über technische Standards und Förderung auch die digitale Vernetzung der Verkehrsträger vorantreiben, damit Multimodalität einfacher wird. Das Mobilitätsmanagement in Unternehmen und Kommunen soll deutlich verbessert und die existierenden Netzwerke des Landes weiter ausgebaut werden.

## NRW – Fahrradland Nr. 1

Mit seinem rund 14.000 Kilometer Radverkehrsnetz, das alle Städte und Gemeinden im Land verbindet, ist NRW das Fahrradland Nr. 1 in Deutschland. Das erfolgreiche Projekt „100 Radstationen in NRW“ wollen wir fortführen. Der Radschnellweg Ruhr und die fünf Radschnellweg-Modellprojekte sind für uns nur der Anfang. Wir wollen ein landesweites Netz von Radschnellwegen aufbauen, um Städte und Stadtteilzentren zu verbinden. Diese Radwege sollen dabei nicht direkt an der Straße, sondern für Sicherheit und Attraktivität mit Abstand geplant werden. An Bundesstraßen sollen verstärkt Radwege in einer hohen

103 Qualität gebaut werden. Die Ausgaben für den Bau von Radwegen an Landesstraßen und  
104 zur Förderung der Nahmobilität in den Kommunen wollen wir deutlich erhöhen. Die Bun-  
105 desmittel für den kommunalen Straßenbau wollen wir fortführen und über eindeutige Re-  
106 gelungen auch darüber mehr Verbesserungen für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen  
107 erreichen. Wir werden uns für eine Siedlungspolitik der kurzen Wege einsetzen. Zugleich  
108 erhöhen wir so die Verkehrssicherheit.

## 109 **Kommunale Mobilitätspläne**

110 Damit aus den vielen einzelnen Ideen für die nachhaltige Transformation der Mobilität ein  
111 umfassendes Ganzes wird, wollen wir in den nordrhein-westfälischen Städten und Krei-  
112 sen nachhaltige Mobilitätspläne als Basis der Verkehrsplanung etablieren. Die EU emp-  
113 fiehlt sie, damit zusammen mit den Bürgerinnen und Bürger\*innen vor Ort emissionsfreie  
114 Innenstädte entwickelt werden. Land, Kommunen und Behörden haben eine wichtige Vor-  
115 bildfunktion für den Fortschritt in der E-Mobilität und der nicht motorisierten Mobilität.

116 Des Weiteren haben sich regelmäßige Befragungen als gutes Kommunikationsinstrument  
117 erwiesen. Die nordrhein-westfälischen Kommunen wollen wir bei dieser zukunftsorien-  
118 tierten Kommunikation mit den Bürger\*innen unterstützen. Mit einer internationalen Mo-  
119 bilitätsausstellung in Nordrhein-Westfalen wollen wir erfolgreiche Wege der Organisation  
120 der neuen Mobilität präsentieren. NRW 2030 kommt gut an – sauber, leise, gesund, sicher  
121 komfortabel und erfolgreich!

## 122 **Bahn- und ÖPNV-Angebot und -Finanzierung verbessern**

123 Wir werden uns für eine NRW angemessene Bahn-/ÖPNV-Finanzierung beim Bund einset-  
124 zen, denn der Bund hat sich in den letzten Jahrzehnten aus der ÖPNV-Finanzierung zu-  
125 rückgezogen so dass die Mittel für dringend notwendige Investitionen nicht ausreichen.  
126 Sowohl die Ansprüche an Neu- und Ausbau, als auch die anstehenden Erhaltungsmaß-  
127 nahmen im Straßen-/U-Bahn-Bereich bedürfen einer ausreichenden Finanzierungsgrund-  
128 lage.

129 Entsprechend der ÖPNV-Zukunftskommission streben wir eine Steigerung der Fahrgast-  
130 zahlen des gesamten ÖPNV um 50 Prozent an. Gleichzeitig wollen wir den Anteil des  
131 ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen („Modal Split“) im gleichen Verhältnis steigern.  
132 Dazu brauchen wir verbesserte Angebote, verständliche und das gesamte Land umfassen-  
133 de Tarife, barrierefreie und ansprechende Stationen und Fahrzeuge und ein je nach Be-  
134 siedlung unterschiedliches, aber verpflichtendes Mindestangebot. Orte und Quartiere mit  
135 mindestens 4.000 Einwohner\*innen sollen mindestens im Stundentakt erschlossen und  
136 verbunden werden.

137 Der Schienenverkehr bildet das Rückgrat des ÖPNV in NRW. Der Rhein-Ruhr-Express (RXX)  
138 wird über seine Stammstrecke Dortmund – Köln hinaus die anderen Zentren des Landes

139 erschließen und verbinden. Auch auf den übrigen Strecken, die nicht zuletzt aus Klima-  
 140 schutzgründen bei ausreichender Nachfrage zu elektrifizieren sind, sollen fahrgastgerechte  
 141 Züge barrierefrei und mit WLAN eingesetzt werden. Weitere Bahnstrecken sind zu reakti-  
 142 vieren. Wo dies nicht möglich ist, sind Mittelzentren untereinander und mit Bahnstationen  
 143 über Schnellbusse zu verbinden. Wir setzen uns nachdrücklich für die Sicherung und den  
 144 Ausbau des ÖPNV-Angebotes besonders im ländlichen Regionen ein, in denen die Men-  
 145 schen in besonderem Maße auf Mobilitätsangebote angewiesen sind

146 Künftig sollen mehr Gelder in die Verkehrsleistung fließen als in deren bürokratische Ver-  
 147 waltung. Den Zusammenschluss einzelner kommunaler Verkehrsunternehmen werden wir  
 148 unterstützen. Insbesondere den schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr wollen wir  
 149 mit einer Landesverkehrsgesellschaft bürgerinnenfreundlicher machen. Die Klassenge-  
 150 sellschaft im regionalen ÖPNV wollen wir abschaffen, um mehr Platzkapazitäten insbe-  
 151 sondere in den Hauptverkehrszeiten kostengünstig zu schaffen.

152 Nicht nur zur umfassenden Elektrifizierung des ÖPNV sind verbesserte Finanzgrundlagen  
 153 erforderlich. Eine Nahverkehrsabgabe nach französischem Beispiel, mit der Unternehmen  
 154 zu den geldwerten Vorteilen, die sie durch ein gutes ÖPNV-Angebot haben, einen Bei-  
 155 trag leisten, kann hier von Vorteil sein. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass  
 156 entsprechende rechtliche Grundlagen geschaffen werden, die auch flexible Lösungen in  
 157 kommunaler und regionaler Verantwortung ermöglichen.

158 Wir wollen auch eine umfassende Elektrifizierung des ÖPNV erreichen. Heute fahren noch  
 159 zu oft Dieselbetriebene Züge. Sie sind laut und gesundheitsschädlich, insbesondere wenn  
 160 sie in den Innenstädten eingesetzt sind. Ein attraktiver ÖPNV sollte auch auf neue Bedürf-  
 161 nisse der Nutzer\*innen angepasst werden. Wir wollen daher, dass WLAN und Steckdosen  
 162 bis 2025 im gesamten ÖPNV-Angebot von den Anbietern und Verkehrsgesellschaften zur  
 163 Verfügung gestellt werden. Zusätzlich muss die Netzabdeckung bis dahin auch in ländli-  
 164 chen Regionen und an Nebenstrecken ausgebaut werden. Dazu gehören Klein- und Taxi-  
 165 busse. .

## 166 Straße

167 Der neue Bundesverkehrswegeplan arbeitet beim Thema Straße mit den bekannten alten,  
 168 nicht nachhaltigen Rezepten. Von Seiten des Landes wollen wir die Bundesfernstraßen-  
 169 projekte wie schon 2011 in der Planung priorisieren und umsetzen. Oberste Priorität ha-  
 170 ben Erhaltungsmaßnahmen, Neu- und Ausbau von Straßen müssen dahinter klar zurück-  
 171 stehen. Umweltverträgliche und vor Ort konsensuale Projekte müssen prioritär geplant  
 172 werden. Umweltschädliche Vorhaben sollen aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen  
 173 werden.

174 Beim Landesstraßennetz wollen wir die Ausgaben für die Erhaltung weiterhin erhöhen, bis  
 175 das notwendige Maß zum Substanzverzehr gestoppt ist. Auch hier geht Erhalt klar vor Neu-  
 176 und Ausbau. Der Landesstraßenbedarfsplan kann deutlich reduziert werden, die Ausgaben  
 177 für Straßenneubau können weiter zurückgefahren werden. Wir wollen verstärkt kleinere  
 178 Optimierungslösungen im Bestand, vor allem Umbaumaßnahmen als Alternativen zum  
 179 Straßenneubau fördern und die Haushaltsmittel dafür erhöhen. Das gesamte Straßennetz  
 180 wollen wir reorganisieren, um Bau und Instandhaltung effizienter zu machen.

181 Wir drängen bei allen Planungsverfahren auf einen frühzeitigen und breiten Dialog mit den  
182 Bürger\*innen und Verbänden. Wir wollen engagierte Betroffene nicht übergehen, sondern  
183 früh einbinden und die Planungsverfahren im Verkehrsbereich entsprechend offen und  
184 transparent gestalten. Wir wollen das Straßennetz lärmarm sowie städtebaulich und öko-  
185 logisch verträglicher gestalten. Dazu gehören mehr aktive Maßnahmen wie Lärmschutz-  
186 wände, leiser Straßenbelag, die Berücksichtigung lokaler städtebaulicher Gestaltung bei  
187 der Projektplanung, die Reduzierung des fossilen Individualverkehrs und mehr Grün- und  
188 Wildbrücken.

189 Straßenlärm, Schadstoffausstoß und Unfallgefahren müssen verringert werden. Daher set-  
190 zen wir uns auf Ebene des Bundes dafür ein, dass auf Autobahnen eine allgemeine Höchst-  
191 geschwindigkeit eingeführt wird und die Begrenzungen auf Landstraßen abgesenkt wer-  
192 den. Wir wollen Initiativen unterstützen, um vor Ort häufiger Tempo 30 möglich zu ma-  
193 chen.

194 Wir werden im Bund darauf dringen, die Subventionen für Autos zu überprüfen. So ist die  
195 steuerliche Begünstigung von Firmenfahrzeugen eines der größten Subventionsprogram-  
196 me einer einzelnen Industrie im Land und verbraucht finanzielle Mittel, die für den Ausbau  
197 der Elektromobilität verwendet werden könnten.

## 198 **Flugverkehr**

199 Wir unterstützen die Forderungen nach mehr ökologischer Steuerung des Flugverkehrs.  
200 Zur Reduzierung der Belastung durch Fluglärm werden wir uns dafür einsetzen, dass  
201 der Bund Immissionsgrenzwerte für Fluglärm zum Schutz der Flughafenanwohner\*innen  
202 schafft. Wir wollen, dass dem aktiven Lärmschutz an Flughäfen Vorrang gegenüber dem  
203 passiven Lärmschutz eingeräumt wird. Fluglärm soll in das Bundesimmissionsschutzgesetz  
204 aufgenommen werden. Die Planung von Flugrouten muss lärmarm mit Umweltverträglich-  
205 keitsprüfung erfolgen. Die Rolle der Fluglärmkommissionen werden wir stärken und wir  
206 setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinitiativen vom Verkehrsministerium frühzeitig in alle  
207 Planungen einbezogen werden.

208 Wir wollen Nachtflugverbote in der Kernzeit von 22:00 bis 6:00 Uhr, in einem ersten Schritt  
209 aber zumindest zwischen 0.00 und 5.00 Uhr. Darüber hinaus wollen wir die rechtlichen  
210 Möglichkeiten voranbringen, um eine Lärmabgabe einzuführen. Diese soll in den Rand-  
211 zeiten von 22:00 bis 0:00 Uhr und von 5:00 bis 6:00 Uhr so hoch sein, dass sich zu diesen  
212 Zeiten regelmäßige Flüge nicht lohnen. Die Lärmabgabe soll sich nach den Lärmklassen  
213 der Flugzeuge und den jeweils betroffenen Anwohner\*innen richten und den umliegenden  
214 Kommunen entsprechend zugutekommen. So sollen Fluggesellschaften die Lärmemissio-  
215 nen endlich in ihre Entscheidungen zu Standort und Zeit der Flüge einpreisen. Die Lärmab-  
216 gabe ist damit ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Flughafenentwicklung in NRW.  
217 Statt Kapazitäten auszubauen, sollen Flüge auf die Schiene verlagert werden. Weiterhin  
218 soll das Land keine Zuschüsse an Flughäfen zahlen.

219 Für die vom Flughafen Düsseldorf beantragte Kapazitätserweiterung gilt der Angerland-  
220 vergleich für uns als Rahmen verbindlich. Deshalb darf es auch nicht zu einer schrittweisen  
221 immer weiteren Ausweitung des Zweibahnbetriebes kommen. Insbesondere darf es kei-  
222 ne Ausweitung der Flüge in den Nachtrandzeiten oder in der Nacht geben. Die heutigen

223 Nachtflüge durch Verspätungen sollen durch andere Umlaufplanungen und Slot-Vergaben  
224 reduziert werden.

225 Die für Köln/Bonn bis 2030 laufende Betriebsgenehmigung mit der kompletten Nachtof-  
226 fenheit darf nicht, wie vom Flughafen gewollt, so verlängert werden. Ohne zumindest die  
227 Durchsetzung des vom Landtag und der Landesregierung beschlossenen Passagiernacht-  
228 flugverbotes und eine verbindliche Lärminderungsplanung, nach der schrittweise der  
229 Lärm auf die Vorsorgewerte der Weltgesundheitsorganisation gesenkt wird, werden wir  
230 keiner Verlängerung der jetzigen Betriebsgenehmigung zustimmen.

## 231 Emissionsarmer Güterverkehr

232 Wir wollen die Emissionen im Güterverkehr deutlich reduzieren. Vielerorts fehlt die Basis  
233 für eine Verlagerung der Güter auf die Schiene oder Wasserstraße. Nordrhein-Westfalen  
234 braucht einen Güterverkehrsplan, der aufzeigt, mit welchem Schienennetz, welchen Gü-  
235 tertverteilzentren und welcher Technik der Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2020 zu-  
236 mindestens verdoppelt werden kann. Beim Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass bis  
237 zum Jahr 2020 die Brücken über das westdeutsche Kanalnetz entsprechend erhöht wer-  
238 den, damit dort ein wirtschaftlicher Containerverkehr stattfinden kann. Landesweit wollen  
239 wir Häfen und Binnenschifffahrt für eine emissionsfreie Binnenschifffahrt gut aufstellen.  
240 Für verschiedene emissionsfreie Güterverkehre auf den nordrhein-westfälischen Autobah-  
241 nen wollen wir Machbarkeitsstudien erstellen lassen. Mit einem eigenen Landesprogramm  
242 wollen wir eine emissionsfreie City-Logistik fördern, damit über Mikroverteilzentren die  
243 bestellten Waren elektrisch oder mit dem Rad zu den Kund\*innen gelangen.

## 244 Ökologisch-soziale Modernisierung unseres Industrielandes

245 Nordrhein-Westfalen ist das Industrieland Nr. 1 in Deutschland mit einer großen Tradition  
246 und einer nicht minder großen Zukunft. Industrie und Wirtschaft sind eine zentrale Wohl-  
247 standsbasis unseres Landes. Rund ein Fünftel aller sozialversicherungspflichtig Beschäf-  
248 tigten in NRW arbeitet in einem der mehr als 10.000 hiesigen Industrieunternehmen.

249 Nachhaltigkeit als Dreiklang von ökologischer Verantwortung, wirtschaftlichem Erfolg und  
250 sozialer Gerechtigkeit ist das Leitbild unserer Industrie- und Wirtschaftspolitik. Wir wollen  
251 die wirtschaftlichen Grundlagen guten Lebens für alle Menschen in NRW sichern bezie-  
252 hungsweise dort schaffen, wo sie noch nicht ausreichend gegeben sind. Es ist nicht nur  
253 nötig und möglich, NRW in ein nachhaltiges Industrieland umzugestalten, sondern die  
254 ökologische Modernisierung steckt voller wirtschaftlicher Potenziale und Chancen.

255 Die Voraussetzungen für den Strukturwandel sind in NRW gegeben: Gut ausgebildete Ar-  
256 beitnehmer\*innen, weltweit erfolgreiche Industrieunternehmen und eine international an-  
257 erkannte Forschungslandschaft mit herausragenden Hochschulen bieten beste Voraus-  
258 setzungen, um den notwendigen Modernisierungsprozess erfolgreich zu gestalten. Wir  
259 GRÜNE bauen auf die Partnerschaft mit Industrie und Wirtschaft. Denn um unsere Klima-  
260 schutzziele zu erreichen, werden wir in fast allen Lebensbereichen sehr viel sehr schnell  
261 verändern müssen, ob bei der Energie, beim Wohnen, in der Mobilität oder auch bei der

262 Ernährung. Es geht darum, in kurzer Zeit neue – erneuerbare – und kohlenstoffarme Lö-  
263 sungen zu finden: Das können und das werden wir mit neuen Technologien, industriellen  
264 Innovationen und der Transformation wirtschaftlicher Strukturen schaffen.

265 Die Idee einer sozialen und ökologischen Gesellschaft ist unser Leitbild. Unsere Wirt-  
266 schaftspolitik setzt auf sozial-ökologisches Wachstum mit der Kraft der Innovation. Sie ist  
267 deswegen Motor, nicht Widerstand auf dem Weg zu unserem Leitbild des Green New Deals.  
268 Wir treten für die Wiedergewinnung eines umfassenden volkswirtschaftlichen Blicks und  
269 für die Ausübung eines politischen Gestaltungswillens ein und wollen zusammen mit In-  
270 dustrie, Handwerk, Wirtschaft, den Gewerkschaften und allen, die Verantwortung für das  
271 Wohlergehen und den Erfolg unseres Landes tragen, zur ökologisch-sozialen Modernisie-  
272 rung unserer Industriegesellschaft beitragen.

### 273 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

274 Ökologie und Klimaschutz sind Leitideen auch unserer Industriepolitik. Mit dem Klima-  
275 schutzgesetz haben wir die Grundlage für die ökologische Modernisierung unserer Indus-  
276 triegesellschaft gelegt und im Klimaschutzplan gemeinsam mit allen gesellschaftlichen  
277 Akteur\*innen guten Willens den Weg zu ihrer Umsetzung beschrieben. Wir haben eine Um-  
278 weltwirtschaftsstrategie entwickelt, um Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz in konkre-  
279 te, wirtschaftlich attraktive Unternehmensperspektiven zu übersetzen. Dass grüne Tech-  
280 nologie schwarze Zahlen schreibt, zeigt beispielsweise die Umweltwirtschaft. NRW ist mit  
281 320.000 Beschäftigten und 70 Milliarden Euro Jahresumsatz bundesweit der größte An-  
282 bieter von Produkten und Dienstleistungen der hoch innovativen Umweltwirtschaft. Keine  
283 Branche wächst schneller.

284 Für uns ist der Abfall von heute kein Müll, sondern Rohstoff von morgen. Der von uns auf  
285 den Weg gebrachte ökologische Abfallwirtschaftsplan verfolgt daher konsequent das Ziel,  
286 Abfälle zu vermeiden beziehungsweise wiederzuverwerten, regionale Entsorgungsautar-  
287 kie zu schaffen und dem Prinzip der Nähe zu entsprechen.

288 Gutes tun und Geld verdienen: Das Genossenschaftswesen hat eine lange Tradition in un-  
289 serem Land und die Förderung der wirtschaftlichen Selbsthilfe, um soziale und ökologi-  
290 sche Ziele zu erreichen, ist in der Landesverfassung verankert. Genossenschaften stellen  
291 eine besonders gute Grundlage für gemeinwohlorientiertes und erfolgreiches Wirtschaf-  
292 ten dar. Wir haben mit einer umfangreichen Landtagsinitiative Maßnahmen auf den Weg  
293 gebracht, um Unternehmen der solidarischen Wirtschaft zu stärken. So haben wir zusätzli-  
294 che finanzielle Mittel bereitgestellt, um neue Konzepte zu entwickeln, die zum Beispiel den  
295 Breitbandausbau durch Genossenschaften voranbringen sollen. Auch andere Wirtschafts-  
296 unternehmen übernehmen soziale und ökologische Verantwortung. Wir unterstützen Un-  
297 ternehmer\*innen, die ihre Betriebe nachhaltig führen wollen, mit den Kompetenzzentren  
298 für Corporate Social Responsibility, den CSR-Hubs.

299 Jedes Jahr werden in Nordrhein-Westfalen 50 Milliarden Euro in der öffentlichen Vergabe  
300 umgesetzt. Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (TVgG-NRW) haben wir hierbei  
301 soziale und ökologische Standards verankert, um sicherzugehen, dass Kriterien wie faire



302 Löhne, Vermeidung von ausbeuterischer Arbeit in Schwellenländern, Klimaschutz, Frau-  
303 enförderung und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Erfüllung  
304 öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden.

305 Auf dem nun gelegten Fundament werden wir in den kommenden Jahren aufbauen, um  
306 das Industrieland NRW nachhaltig erfolgreich weiterzuentwickeln.

## 307 **Wachstumsbranche Umweltwirtschaft – 100.000 neue Arbeits-** 308 **plätze bis 2025**

309 Die Umweltwirtschaft gehört zu den größten Wirtschaftsbranchen in unserem Land. Mit  
310 unserer Umweltwirtschaftsstrategie werden wir den Vorsprung unseres Landes in der Um-  
311 weltwirtschaft weiter ausbauen. Wir wollen die innovativen Ideen der auf diesem Feld  
312 agierenden Unternehmer\*innen, aber auch Wissenschaftler\*innen unter anderem mit einer  
313 Innovationsagentur unterstützen. Sie soll als zentrale Ansprechpartnerin die Akteur\*innen  
314 und ihr Know-how zusammenbringen, so den Wissenstransfer optimieren und Umwelt-  
315 und Klimaschutzinnovationen und Ausgründungen fördern. Wir wollen NRW zu einem  
316 national und international führenden Standort für umwelt- und klimaorientierte Ideen,  
317 Produkte und Dienstleistungen machen und bis 2025 rund 100.000 neue zukunftsfähige  
318 Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft schaffen.

319 Mit gut 18 Prozent aller Gründungen machen neue Unternehmen mit Geschäftsideen  
320 in den Feldern Klima- und Umweltschutz, Energieeinsparung und Ressourcenschonung  
321 schon jetzt den zweitgrößten Anteil im Bereich der Firmenneugründungen aus. Passend  
322 dazu liefert der KUER-Gründungswettbewerb mit zusätzlichen Angeboten von der Poten-  
323 zialanalyse bis zum Finanzierungscoaching wichtige Impulse für diesen Wachstumsmarkt.  
324 Wir wollen die Synergien zwischen Umweltwirtschaft und Industrie 4.0 nutzen, um neue  
325 Geschäftschancen zu erschließen. Das Kompetenznetzwerk Umweltwirtschaft werden wir  
326 weiterführen, branchenspezifische Ansätze in der Ressourcenwirtschaft stärken und die  
327 Chancen der Umweltwirtschaft durch Marktinitiativen und Außenwirtschaftsförderung zu-  
328 sätzlich unterstützen.

329 Regionale und kommunale Standortinitiativen wie „Green Tech Ruhr“ oder Maßnahmen  
330 der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz im Bergischen Städtedreieck werden  
331 wir ausbauen. Eine „Servicestelle Umweltwirtschaft“ wird Unternehmer\*innen zur Seite  
332 stehen, indem sie Anwendungs- und Haftungsrisiken reduziert, um lange Zeitläufe bis zur  
333 Marktreife neuer Produkte zu vermeiden Aufgrund der Rückmeldungen und Bedarfe der  
334 Firmen soll die Servicestelle wiederum Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Normen  
335 und Rechtssystemen im Sinne der Unternehmen geben.

## 336 **Eine nachhaltige Chemieindustrie für den Ressourcenwandel**

337 NRW war das Land von Kohle, Stahl und Chemie mit all den Fehlentwicklungen, die auch  
338 wir GRÜNE durch unsere Arbeit – die häufig auf starken Gegenwind stieß – korrigiert ha-  
339 ben. 2018 wird die Steinkohle Geschichte sein, gleichzeitig kämpft die deutsche Metall-

340 und Stahlindustrie gegen Überkapazitäten und die Folgen eines ruinösen, globalen Wett-  
341 bewerbs. Daher wird die Bedeutung der chemischen Industrie für den Industriestandort  
342 NRW weiter zunehmen und damit ihre Schlüsselrolle in fast allen Wertschöpfungsketten.  
343 Doch jede industrielle Produktion beeinflusst die Umwelt und führt zu ökologischen Be-  
344 lastungen und es bleibt daher trotz aller positiver Entwicklungen die politische Aufgabe,  
345 Auswirkungen auf die Umwelt und soziale Verwerfungen, die durch industrielle Produktion  
346 entstehen, abzufedern und entsprechende Rahmensetzungen zu gestalten.

347 Die auf unsere Initiative eingesetzte Enquetekommission zur nachhaltigen Entwicklung  
348 des Chemiestandortes NRW hat gezeigt, wie wir eine nachhaltige Klima- und Ressourcen-  
349 wende mit der Chemie als Teil der Lösung schaffen können. Vieles ist heute zwar bereits  
350 technisch möglich, aber noch nicht wirtschaftlich. Auch bei der ökologischen Modernisie-  
351 rung der Chemieindustrie kämpfen wir daher weiter dafür, dass der Ausstoß von CO<sub>2</sub> mit  
352 einem wirksamen „Preisschild“ versehen wird, um den klimafreundlicheren Verfahren zum  
353 Erfolg zu verhelfen.

354 Für eine wirklich nachhaltige Klima- und Ressourcenwende fehlen aktuell noch immer  
355 wichtige Bausteine – vor allem die sonnenlichtgetriebene Herstellung von Wasserstoff.  
356 Weg von den fossilen hin zu neuen alternativen Rohstoffquellen wie CO<sub>2</sub> – diesen Prozess  
357 wollen wir weiter forcieren um NRW als das Zentrum dieser Entwicklung hin zu einer  
358 Chemie, die nach dem Prinzip „von der Natur lernen“ arbeitet, zu fördern.

## 359 **Low Carbon – Zukunft für die Energieintensiven**

360 Nicht nur die Chemieindustrie, auch andere Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes  
361 gehören selbstverständlich zum industriellen Kern Nordrhein-Westfalens – auch in Zu-  
362 kunft. Wir sind bei der ökologisch-sozialen Modernisierung des Industrielands NRW auch  
363 auf die energieintensiven Industrien in den Bereichen Stahl, Aluminium und Papierherstel-  
364 lung angewiesen. Sie sind von besonderer Bedeutung für die Umweltwirtschaft. Wir wollen  
365 ein Low Carbon-Zentrum schaffen, um den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen en-  
366 ergieintensiver Industrie und Wissenschaft über Low Carbon-Technologien zu stärken und  
367 die Klimaverträglichkeit sowie die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie  
368 in NRW zu optimieren.

## 369 **Ressourcen ge- statt verbrauchen**

370 Wir wollen die Abfallvermeidung in allen Bereichen fördern und eine konsequente Kreis-  
371 laufwirtschaft mit hohen ökologischen Standards stärken und weiterentwickeln. Das li-  
372 neare Prinzip (Von der Wiege bis zum Grab – cradle to grave) soll durch ein zirkuläres  
373 Prinzip (Von der Wiege bis zur Wiege – cradle to cradle) ersetzt werden. Wir setzen auf die  
374 systematische Vernetzung von Ressourcen-, Abfall-, Wasser- und regenerativer Energie-  
375 wirtschaft und werden die begonnenen Initiativen weiterführen – darunter die Ressour-  
376 censtrategie für mineralische Rohstoffe, die Qualitätsoffensive zur besseren Verwertung  
377 und Aufbereitung von mineralischen Abfällen sowie die Phosphatrecyclingstrategie zur  
378 Nutzung der in NRW erschließbaren Sekundärphosphatquellen.

379 Zahlreiche Schwermetalle (Cadmium, Nickel, Blei u.a.) werden nach wie vor bei der Her-  
380 stellung von Produkten benötigt und sind deshalb in vielfältiger Weise in industriellen  
381 Schlämmen enthalten. Gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir daher eine  
382 Initiative zur Rohstoff-Rückgewinnung aus industriellen Abfallschlämmen starten.

## 383 Mittel aus EU-Strukturfonds für ökologisch-soziale Modernisie- 384 rung nutzen

385 Die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäi-  
386 schen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Eu-  
387 ropäischen Sozialfonds (ESF) spielen zusammen mit den Ko-Finanzierungsmitteln des Lan-  
388 des eine wichtige Rolle bei der ökologisch-sozialen Modernisierung der Wirtschaftsstruk-  
389 turen in NRW – in den städtischen Zentren und in den ländlichen Räumen. Die Landes-  
390 regierung hat erreicht, dass NRW in der laufenden Förderperiode 2014-2020 weiterhin in  
391 hohem Umfang von den EU-Fonds profitiert. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür stark  
392 gemacht, dass insbesondere die Mittel für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz,  
393 sozial-ökologische Stadtentwicklung und Agrarumweltmaßnahmen gestärkt wurden und  
394 diese Mittel zudem regional ausgewogen und den jeweiligen Bedürfnissen vor Ort  
395 entsprechend zugeteilt werden, so dass gerade auch finanzschwache Kommunen und  
396 strukturschwache Regionen profitieren. Bei der weiteren Umsetzung der laufenden Pro-  
397 gramme bis 2020 wollen wir die Kommunen und die anderen potenziellen Antragsstel-  
398 ler\*innen noch stärker dabei unterstützen, die Finanzhilfen abzurufen. In den Bereichen,  
399 in denen die Fonds bislang nicht intensiv genutzt werden, werden wir prüfen, wie Anreize  
400 verstärkt und Barrieren abgebaut werden können. Wir werden zudem darauf achten,  
401 dass zusätzliche europäische Finanzierungs-Initiativen wie der sogenannte Juncker-Plan  
402 nachhaltig ausgestaltet und auch in NRW genutzt werden können.

403 Wir werden zudem auf Bundes- und EU-Ebene frühzeitig unsere Ideen in die Diskussion  
404 zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2021-2027 und die nächste Förderpe-  
405 riode einbringen. Wir treten dafür ein, dass NRW weiter im bisherigen Umfang EFRE- und  
406 ESF-Mittel erhält und in der Gemeinsamen Agrarpolitik die ELER-Förderung im Vergleich  
407 zu den Direktbeihilfen gestärkt wird. Die EFRE-Mittel müssen dabei in noch stärkerem  
408 Maße für die Transformation hin zu kohlenstoffarmen Wirtschaftsstrukturen eingesetzt  
409 werden. Mindestens 30 Prozent der EFRE-Mittel sind für eine neue integrierte Klima- und  
410 Ressourcenschutz-Achse eines zukünftigen operationellen Programms EFRE vorzusehen.  
411 Außerdem wollen wir bei allen neuen operationellen Programmen die Förderzugänge zur  
412 Stärkung der gemeinwohlorientierten und solidarischen Wirtschaft weiter verbessern.

## 413 Mehr Genossenschaften für NRW

414 Genossenschaften oder andere Rechtsformen der gemeinwohlorientierten und solidari-  
415 schen Wirtschaft sind ein stabiles Standbein der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und  
416 damit unverzichtbar. Der Sektor wächst seit Jahren kontinuierlich. Gerade bei der dezentralen  
417 Energieversorgung, bei der nachhaltigen Quartiersentwicklung und der Aufrechterhaltung  
418 einer funktionierenden Nahversorgung in ländlichen Gebieten sind diese Un-

419 ternehmen ein wichtiger Baustein. Doch die Potenziale für die Neugründung von Genos-  
420 senschaften sind noch längst nicht ausgeschöpft – Breitbandausbau und Kinderbetreu-  
421 ungsangebote können beispielsweise neue Betätigungsfelder sein. Wir wollen das Genos-  
422 senschaftsrecht vereinfachen und den bürokratischen Aufwand für die Gründung von Ge-  
423 nossenschaften absenken. Daher wollen wir wirtschaftlichen Vereinen den Status einer  
424 sogenannten „kleinen Genossenschaft“ ermöglichen, damit Kleinstunternehmen und Ver-  
425 einigungen von Bürger\*innen, die beispielsweise mit einem Dorfladen gemeinwohlorien-  
426 tierte Ziele vertreten, sich leichter und kostengünstiger engagieren können. Auch für die  
427 Unternehmensnachfolge können soziale Wirtschaftsmodelle interessant sein. Es braucht  
428 daher eine Initiative zur Förderung von Belegschaftsinitiativen und Genossenschaften für  
429 die Übernahme von Betrieben. Um die solidarischen Wirtschaftsunternehmen in NRW zu  
430 vernetzen und sichtbar zu machen, wollen wir sie auf einem Internetportal kartieren, auf  
431 dem auch alle vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote zu finden sind. Die  
432 Finanzierungsmöglichkeiten müssen fortlaufend mit den Bedürfnissen der Unternehmen  
433 abgeglichen werden.

## 434 Sozial, ökologisch und ökonomisch handeln

435 Verantwortungsvolles Handeln von Unternehmen bedeutet, dass neben ökonomischen  
436 auch ökologische und soziale Aspekte in der unternehmerischen Tätigkeit eine gewicht-  
437 tige Rolle spielen. Unzählige Unternehmen sind sich ihrer gesellschaftliche Verantwor-  
438 tung bewusst, werden ihr durch ihr wirtschaftliches Handeln gerecht und besitzen daher  
439 eine Vorbildfunktion. Wir wollen sie bei der Umsetzung ihrer Konzepte für Corporate So-  
440 cial Responsibility (CSR) stärken und andere Unternehmen ermutigen, Verantwortung für  
441 ihr gesellschaftliches Umfeld und die Umwelt zu übernehmen. Mit der Einrichtung von  
442 fünf CSR-Kompetenzzentren sind wir bereits einen ersten wichtigen Schritt gegangen. Wir  
443 werden die Vernetzung landesweit stärken und dafür sorgen, dass alle Akteur\*innen, die  
444 unternehmerisches Denken und sozialen Mehrwert kombinieren, unabhängig von ihrer  
445 Unternehmensstruktur fachliche Beratung erhalten.

446 Verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten bedeutet aber auch, dass Menschen-  
447 rechte im Ausland nicht verletzt werden dürfen. Die Bundesregierung setzt mit ihrem na-  
448 tionalen Aktionsplan die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte jedoch nur  
449 unzureichend in Deutschland um. Wir werden im Gegensatz zur Bundesregierung auf Lan-  
450 desebene unserer Verantwortung nachkommen und die UN-Leitprinzipien ernst nehmen,  
451 indem wir uns weiter für die verbesserte Einhaltung von Arbeits-, Sozial- und Umwelt-  
452 standards und die Achtung der Menschenrechte in den internationalen Lieferketten ein-  
453 setzen.

454 Einen großen Teil ihrer Aufträge erhalten die Unternehmen von der öffentlichen Hand. Wir  
455 wollen, dass auch zukünftig nicht der Preis alleine den Ausschlag gibt und damit einherge-  
456 hend Dumpinglöhne, die Verletzung der Menschenrechte und klimaschädliches Verhalten  
457 durch öffentliche Vergabe gefördert werden. Daher werden wir auf die Einhaltung des  
458 Tariftreue- und Vergabegesetzes drängen. Diejenigen Unternehmen, die bereits heute so-  
459 zial fair und nachhaltig im Sinne der Allgemeinheit wirtschaften, müssen bei öffentlichen  
460 Ausschreibungen einen echten Vorteil gegenüber Billiganbieter\*innen haben. Wir werden

461 uns dafür einsetzen, dass die bereits bestehende Prüfbehörde zukünftig, wenn der verga-  
462 bespezifische Mindestlohn des Landes auf gleicher Höhe mit dem Mindestlohn des Bundes  
463 liegt, die Zuständigkeit für die Kontrolle der anderen Vergabekriterien wie Einhaltung der  
464 ILO-Kernarbeitsnormen, Frauenförderung und nachhaltige Produktion erhält.

## 465 Ruhrgebiet – mit grüner Produktion in die Zukunft

466 Viele sehen im Ruhrgebiet vor allem ein Opfer des industriellen Strukturwandels der ver-  
467 gangenen Jahrzehnte und erklären wahlweise ihr Bedauern, ihre Solidarität oder ihre Un-  
468 zufriedенheit mit denen, die sie für die vermeintliche Misere verantwortlich machen. Oh-  
469 ne die Herausforderung durch den Strukturwandel kleinzureden und zu leugnen, dass die  
470 Menschen im Ruhrgebiet mit enormen Veränderungen und dem Verlust jahrhundertealter  
471 wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen konfrontiert waren und zum Teil noch  
472 sind, sind wir GRÜNE davon überzeugt, dass das Ruhrgebiet und seine Menschen die bes-  
473 te Zeit immer noch vor sich haben. Die Erfahrung, das Wissen und der Mut, die in der  
474 Vergangenheit zum wirtschaftlichen Erfolg geführt haben, können auch heute das „Kapi-  
475 tal“ sein, um sich als Industrieregion auf gewandeltem Fundament neu zu erfinden: als  
476 nachhaltiger Industriestandort auf der Basis erneuerbarer, dezentral und demokratisch  
477 organisierter Energie. Die intelligente Ressourcennutzung kann zum Kern erfolgreicher  
478 Industrien gerade im Ruhrgebiet werden. Die Attraktivität seiner Ballungsräume beruht  
479 zukünftig auf ambitioniertem Klima- und Umweltschutz. Das Internet der Dinge, digitale  
480 Kommunikation, Industrie 4.0 und eine neue Teil- und Tauschkultur begründen ein indus-  
481 triepolitisches Muster, das nachhaltig und vorbildlich zugleich ist. Industrielle Leitmärkte  
482 der Zukunft sind unter anderem E-Mobilität sowie die abfallarme und ressourcensparende  
483 3-D-Drucktechnologie.

484 Und es ist schon viel passiert: Die Städte an der Ruhr sind beispielsweise führend in  
485 der Umweltwirtschaft, was nicht zuletzt eine große Anzahl an Patentanmeldungen un-  
486 terstreicht. In diesem Sektor sind Zehntausende neue Arbeitsplätze entstanden. Das Ruhr-  
487 gebiet ist Standort renommierter und vielfältiger Hochschulen, wir wollen die zukunfts-  
488 weisenden Ideen, die dort entstehen, umsetzen.

489 Wir GRÜNE wissen, dass wir dringend weitere ökologische Wachstumsimpulse benötigen,  
490 gerade im Ruhrgebiet. Trotz in Teilen positiver wirtschaftlicher Entwicklung ist die Ar-  
491beitslosigkeit nach wie vor hoch. Aufgrund der massiven Überschuldung fast aller Kom-  
492munen sind die finanziellen Spielräume nicht einmal ausreichend für Ersatzinvestitionen.  
493 Beschäftigung ist ein wichtiges Mittel, um Armut zu bekämpfen. Wirtschaftsförderung ist  
494 daher auch Sozialpolitik. Die Vergleiche mit anderen Regionen unseres Landes zeigen, dass  
495 ein breit aufgestellter Mittelstand ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige wirtschaftli-  
496 che Entwicklung ist. Wir brauchen daher eine Kursänderung im Bereich der Wirtschaftsförderung,  
497 die sich anders als bisher verstärkt an Mittelstand und Handwerk orientieren muss. Auch konsequente  
498 interkommunale Zusammenarbeit ist dringend notwendig. Das Kirchturmdenken muss überwunden,  
499 die Kooperation zwischen den Kommunen verbessert werden, um Verwaltungsabläufe, aber auch Standortpolitik zu optimieren.

501 Wir wollen die ökologisch-industrielle Zukunft des Ruhrgebiets mit einer umfassenden  
502 „Strukturoffensive Grünes Ruhrgebiet“ begleiten und vorantreiben – gemeinsam mit Un-

503 ternehmen, Wissenschaft, Forschung und vor allem den Menschen in den Städten und  
504 Quartieren vor Ort. Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe leisten und das Ruhrgebiet stärken –  
505 als eine europäische Industrieregion im Grünen, die sich an den Chancen der Umweltwirt-  
506 schaft sowie einer nachhaltigen und menschenfreundlichen Stadtentwicklung und Ver-  
507 kehrspolitik orientiert und ihren Fixpunkt in der Vision einer „sekundären“ Biosphärenre-  
508 gion findet, die zusammenführt, was zusammengehört und zusammengeht: intakte Natur  
509 und kraftvolle Industrie und Wirtschaft. Die Grüne Hauptstadt Essen 2017 ist auf dem Weg  
510 dahin ein Leuchtturm, der Licht dorthin bringt, wo zu viele zu lange meinten, es wäre  
511 dunkel und bliebe das auch.

## 512 **Neuer Umgang mit den Dingen: Sharing, Prosuming, Re-Use**

513 Nicht nur auf der Seite der Produktion, sondern auch auf der Seite der Konsument\*innen  
514 zeichnet sich ein deutlicher Wandel ab – hin zu gemeinschaftlichen Nutzungsformen  
515 (Sharing-Ökonomie), zur Kopplung von Produktion und Konsum (Prosuming), zur Wieder-  
516 verwertung und einer Repair-Kultur, wie sie in den zahlreichen Repair-Cafés konkret wird.  
517 Um diese Formen der nachhaltigen Nutzung von Produkten zu fördern, wollen wir Netz-  
518 werke für Qualität, Marketing und Konsum wiederverwendbarer Güter schaffen und unter-  
519 stützen.

## 520 **Ökologisch-soziale Modernisierung – das wollen wir GRÜNE**

- 521 • bis 2025 rund 100.000 neue zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft,  
522 dafür unterstützen wir Unternehmer\*innen unter anderem mit einer Innovations-  
523 agentur
- 524 • Ressourcen ge- statt verbrauchen und dafür eine konsequente Kreislaufwirtschaft  
525 weiterentwickeln
- 526 • Mittel aus den EU-Strukturfonds nachhaltig ausgestalten
- 527 • Mehr Genossenschaften: Dafür senken wir den bürokratischen Aufwand und geben  
528 Unterstützung
- 529 • Unternehmer\*innen dabei begleiten, ökologisch und sozial verantwortlich zu han-  
530 deln und sie gegenüber Dumping-Konkurrenz besserzustellen
- 531 • Eine umfassende Strukturoffensive für ein „Grünes“ Ruhrgebiet

## 532 **GRÜNE Wirtschaftsförderung**

533 Auch wenn Nordrhein-Westfalen oft als Land der Großindustrie gesehen wird, zählen über  
534 99 Prozent der hiesigen Betriebe zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie  
535 stellen 80 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze bereit. Als wichtige  
536 Partner\*innen bei der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte von morgen bilden diese Be-  
537 triebe aus Handel, Handwerk, Dienstleistungsgewerbe sowie der freien Berufe das Rückgrat  
538 einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in NRW.

539 Neben der Arbeitsplatzschaffung und -sicherung trägt unter anderem das Handwerk zur  
540 ökologischen Erneuerung, zum Erreichen einer klimaneutralen Gesellschaft und zur regio-  
541 nalen Wertschöpfung bei. Um den Wandel der wirtschaftlichen Struktur erfolgreich be-  
542 streiten und neue Lösungsansätze entwickeln zu können, brauchen wir neben den bereits  
543 heute bestehenden Unternehmen auch Impulse durch Existenzgründungen.

544 Wir wollen das Profil NRWs als starker und zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort weiter  
545 festigen, indem wir unsere Wirtschaftsförderung an Gemeinwohlzielen und Klimaschutz-  
546 leitlinien ausrichten. Kleine und mittlere Unternehmen als Antrieb des grünen Wirtschafts-  
547 motors nehmen wir dabei besonders in den Fokus. Auch für Start-ups schaffen wir ein  
548 günstiges Investitionsklima.

549 Denn die Suche nach nachhaltigen Geschäftsmodellen mit neuen Ansätzen wie Peer-to-  
550 Peer-Produktion, Open Innovation, Social Entrepreneurship oder Sharing Economy braucht  
551 auch eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung vor Ort: von der klassischen kommu-  
552 nalen Förderung hin zu einer integrierten Standortentwicklung. Neben bewährten Metho-  
553 den und Verfahren müssen neue Aufgaben und Zielgruppen wie Netzwerkmanagement,  
554 Clusterentwicklung, wissensbasierte Dienstleistungen oder Umweltschutz und Klimawan-  
555 del hinzugefügt werden. Die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft muss sich am abseh-  
556 baren Bedarf und am Ressourceneinsatz orientieren. Das erfordert insgesamt eine bes-  
557 sere interkommunale Integration und Kooperation unterstützt von regionalen Standort-  
558 Netzwerken.

## 559 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

560 Die Förderung von Mittelstand und Handwerk ist ein wichtiger Schwerpunkt GRÜNER Wirt-  
561 schaftspolitik. Diese Unternehmen sind wichtige Stabilitätsfaktoren – gerade in Krisen-  
562 zeiten, wie die Auswirkungen der Finanzkrise gezeigt haben. Deshalb haben wir das bun-  
563 desweit einmalige Mittelstandsförderungsgesetz auf den Weg gebracht. Entsprechende  
564 Gesetzesvorhaben und Initiativen der Regierung werden jetzt stets auf ihre Mittelstands-  
565 verträglichkeit geprüft. Wir geben dem Mittelstand so die Möglichkeit, seine Vorstellungen,  
566 Belange und Anregungen bei der Erarbeitung von Regierungsvorhaben einzubringen. Wie  
567 das von uns initiierte E-Government-Gesetz führt das Mittelstandsförderungsgesetz zu ei-  
568 nem effektiven Abbau des Verwaltungsaufwandes für kleine und mittlere Betriebe. NRW  
569 nimmt dadurch insgesamt eine Vorreiterrolle ein.

570 Wirtschaft lebt von Innovationen, Kreativität und Risikobereitschaft. Daher unterstützen  
571 wir Gründer\*innen – zum Beispiel im Handwerk. Wir haben wichtige Signale gesetzt, um  
572 auf die Gleichwertigkeit von berufsqualifizierenden und akademischen Abschlüssen hinzu-  
573 weisen. Schon jetzt werden große Teile der Meisterausbildung im Bachelorstudium aner-  
574 kannt. In enger Zusammenarbeit mit den Verbänden des Handwerks und der freien Berufe  
575 haben wir zudem in einem 9-Punkte-Plan Initiativen gebündelt und weiterentwickelt, um  
576 das Handwerk zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Als Teil der „Hand-  
577 werksinitiative NRW“ führen wir nicht nur die Meistergründungsprämie fort, sondern ha-  
578 ben unter anderem auch den „WachstumsScheck NRW“ für mitarbeitende Meister\*innen  
579 weiterentwickelt und den „InnovationsGutschein Handwerk“ eingeführt. Um die Leistun-  
580 gen der Meister\*innen zu würdigen, richtet das Land inzwischen jährlich den „Meistertag  
581 NRW“ aus.

582 Wirtschaftliche Stabilität und Wachstum hängen vor allem von Innovationen ab. Die 82  
583 „Startercenter NRW“ sind das zentrale Beratungsinstrument, um Interessierten beim Schritt  
584 in die Selbstständigkeit zu helfen. Unsere Unterstützung wirkt: Die Zahl der Förderfälle  
585 steigt kontinuierlich, mit zuletzt rund 67.000 Existenzgründungen ist NRW bundesweiter  
586 Spitzenreiter.

587 Wir GRÜNE sehen Vielfalt als Chance – auch für die wirtschaftliche Entwicklung in NRW.  
588 Unternehmer\*innen mit Migrationsgeschichte haben sich gerade in den vergangenen zehn  
589 Jahren zum Jobmotor entwickelt und sind ein bedeutender Wachstumsfaktor. Ihre Exis-  
590 tenzgründungen sind mit spezifischen Chancen und Hemmnissen verbunden. Wir haben  
591 die wirtschaftliche Bedeutung dieser Unternehmen erkannt und ihre Unterstützung auf  
592 die Agenda gesetzt.

593 Auch der Einzelhandel nimmt eine wichtige Stellung in der NRW-Wirtschaft ein und gute  
594 Wirtschaftspolitik bedeutet, Interessenausgleiche zu schaffen. Um die Innenstädte zu stär-  
595 ken, haben wir klare Regeln für die Errichtung von großflächigen Einzelhandelsprojekten  
596 auf der „grünen Wiese“ eingeführt, die vermeiden helfen, dass die Funktionsfähigkeit des  
597 städtischen Einzelhandels gefährdet wird. Mit der Modernisierung der Ladenöffnungszeiten  
598 haben wir den Sonn- und Feiertagsschutz im Sinne der Arbeitnehmer\*innen und ihrer  
599 Familien deutlich gestärkt. Gleichzeitig bleiben die bisherigen Regelungen zu den Öff-  
600 nungszeiten in der Woche bestehen, so dass die Interessen des Einzelhandels und der  
601 Konsument\*innen angemessen berücksichtigt worden sind.

## 602 **Starke Dienstleister\*innen für wirtschaftlichen Erfolg**

603 Dienstleister\*innen haben im Jahr 2015 ganze 72,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts  
604 Nordrhein-Westfalens erwirtschaftet. Drei Viertel der Arbeitsplätze in NRW sind im Dienst-  
605 leistungssektor angesiedelt – gut bezahlte Stellen für Hochqualifizierte, aber auch Tätig-  
606 keiten für Menschen mit geringeren Ausbildungsabschlüssen. Beispielsweise haushaltsna-  
607 he Dienstleistungen sind ein starker Wachstumsmarkt, dessen Potenzial noch längst nicht  
608 komplett gehoben ist. Auch der Export von Serviceangeboten bietet weitere wirtschaft-  
609 liche Perspektiven, weshalb wir die Arbeit von hiesigen Dienstleister\*innen jenseits der  
610 NRW-Grenzen weiter unterstützen wollen.

611 Die Digitalisierung wirkt sich auch auf die Anbieter\*innen von Dienstleistungen aus. Un-  
612 ter anderem da hier neue Angebote entstehen, aber beispielsweise auch aufgrund von  
613 wachsenden Bedarfen in der Pflege von Senior\*innen, werden weitere Menschen in die-  
614 ser Branche Arbeit finden. Aufgrund der früheren Fokussierung auf industrielle Produktion  
615 in einigen Regionen NRWs sind die Entwicklungsperspektiven dort besonders groß. Wir  
616 wollen, dass ganz NRW hier den Anschluss hält. Denn die globalen Wirtschaftstrends zei-  
617 gen: Der Dienstleistungssektor ist ein wichtiger Baustein für wirtschaftlichen Erfolg in der  
618 Zukunft.

619 Die Förderung eines starken Ausbildungs- und Forschungsstandorts, der neue Geschäfts-  
620 modelle und Firmen in diesem Sektor hervorbringt, ist dabei ein zentraler Aspekt. Großes  
621 Potenzial liegt in nachhaltigen, sozialen und innovativen Dienstleistungen. Diese Entwick-  
622 lung unterstützen wir mit unserem Green New Deal.



## 623 **Mehr Wertschätzung für die Meister\*innen von morgen**

624 Wir wollen weiter vorausschauende Wirtschaftspolitik betreiben und für die Gründung und  
625 Übernahme von Betrieben werben und diese erleichtern. Gemäß den Vorgaben des Euro-  
626 päischen Qualifizierungsrahmens (EQR) wollen wir das Ausbildungsniveau von Meister-  
627 brief und Fachhochschulabschluss weiter angleichen und die Durchlässigkeit der Systeme  
628 verbessern. Dies trägt dazu bei, das Handwerk für junge Fachkräfte attraktiver zu machen.  
629 Als neues Förderinstrument schlagen wir vor, neben dem Landeszuschuss zur Meister-  
630 gründung ein kreditfinanziertes Programm einzuführen. So sollen Gründer\*innen in der  
631 Startphase unterstützt, aber beispielsweise auch notwendige betriebliche Modernisierun-  
632 gen parallel zur beruflichen Weiterbildung finanziert werden. Und auch die Phase am Ende  
633 einer Meisterlaufbahn wollen wir verstärkt ins Blickfeld rücken. Denn die Übernahme von  
634 Betrieben gestaltet sich immer schwieriger. Wir wollen, dass Mitarbeiter\*innen über Bera-  
635 tungsmöglichkeiten und Gründungsförderung verstärkt dabei unterstützt werden, Hand-  
636 werksbetriebe zu übernehmen, Arbeitsplätze und Know-how zu erhalten.

## 637 **NRW – wo innovative Ideen Zukunft haben**

638 Grundsätzlich wollen wir weiter daran arbeiten, dass in allen Wirtschaftsbranchen ein  
639 gründungsfreundliches und innovationsförderndes Klima für alle Unternehmensformen  
640 herrscht. Doch gerade wachstumsorientierte Start-ups mit neuen Geschäftsmodellen und  
641 Ideen können große Sprünge auf dem Weg der Modernisierung unseres Industrielandes  
642 auslösen. Bestandteil unserer GRÜNEN Wirtschaftspolitik ist daher, durch einen ganzheit-  
643 lichen Ansatz in Richtung einer zukünftigen nachhaltigen Produktions- und Arbeitswelt  
644 für das notwendige innovative Umfeld zu sorgen. Dazu gehört auch eine bessere Vernet-  
645 zung der alteingesessenen Unternehmen und der Start-up-Szene, um zum Beispiel die  
646 Ausgestaltung der Fabrik der Zukunft, in der die öko-intelligenten Produkte von morgen  
647 ressourcenschonend und konkurrenzfähig produziert werden, schneller auf den Weg zu  
648 bringen.

649 Insbesondere wenn Gründer\*innen eine technologische Innovationsidee umsetzen und zur  
650 Marktreife bringen wollen, soll ihnen NRW als erstes als Standort einfallen. Wir wollen da-  
651 her unter anderem Gründungen weiterhin in Zusammenarbeit mit den Unternehmen un-  
652 bürokratisch gestalten und beispielsweise die Effizienz-Gewinne durch die Digitalisierung  
653 weiter ausbauen. Zur notwendigen Unterstützung gehört auch, dass Gründer\*innen, die  
654 mit einer Idee scheitern, nicht für ihre Risikobereitschaft und ihren Mut bestraft werden,  
655 indem ihr Scheitern ihnen bei weiteren Projekten zum Hindernis wird.

## 656 **Schnell zu den Kund\*innen – auf den Straßen und im Netz**

657 Für wirtschaftlichen Erfolg brauchen die Unternehmen auch eine gute Infrastruktur. Sie  
658 haben einen Bedarf nach guter verkehrlicher Anbindung. Daher fördern wir Konzepte, die  
659 Schiene, Straße und Wasserwegen miteinander verbinden. Brücken, Straßen und Schienen  
660 sind auch in NRW teils in einem sehr schlechten Zustand. Für die Unternehmen bedeutet

661 dies schlimmstenfalls Umsatzverluste, durch Umgehungsverkehre bei Sperrungen entste-  
662 hen zudem erhebliche und unnötige Belastungen für die Anwohner\*innen und die Um-  
663 welt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Mittel für die Sanierung von Landesstraßen deut-  
664 lich erhöht werden. Diese Politik des Erhalts setzen wir ebenso fort, wie den Ausbau von  
665 Radwegen und alternativen Verkehrskonzepten zur Entlastung der Straßen. Damit NRW-  
666 Unternehmen auch den digitalen Wandel mitgehen und mitgestalten können, investieren  
667 wir rund eine halbe Milliarde Euro in den Breitbandausbau.

## 668 **Transparenz, Effizienz und Vielfalt in den Kammern**

669 Die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft leisten wichtige Arbeit im Bereich der Aus-  
670 und Weiterbildung und bei der Beratung ihrer Mitgliedsunternehmen. Gleichzeitig gibt es  
671 immer wieder Kritik an der intransparenten Verwendung der Mitgliedsbeiträge. Wir halten  
672 es angesichts der Pflichtmitgliedschaft für geboten, dass die Kammern über die Verwen-  
673 dung der ihnen zur Verfügung gestellten Gelder absolute Offenheit herstellen.

674 Um Synergien zu nutzen und im Sinne der Effizienz wollen wir darauf hinwirken, dass sich  
675 Kammern innerhalb NRWs zusammenschließen. Ziel ist es, die Strukturen der Selbstver-  
676 waltung so anzupassen, dass sie zu einer modernen und ökologischen Industriegesell-  
677 schaft passen.

678 Außerdem ist es unverzichtbar, dass in den Kammern die gesellschaftliche Realität stärke-  
679 rer als heute abgebildet wird. Der Anteil an Frauen und Unternehmer\*innen mit Migrati-  
680 onshintergrund muss in den Gremien und bei den Hauptamtlichen deutlich steigen. Dazu  
681 wollen wir prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten auf Landesebene bestehen, um diese  
682 Prozesse zu befördern und zu unterstützen.

## 683 **Wirtschaftlicher Erfolg ist vielfältig**

684 Rund 44 Prozent aller Existenzgründungen gehen in Nordrhein-Westfalen auf Mi-  
685 grant\*innen zurück. In NRW gehört jedes elfte Unternehmen Inhaber\*innen mit Migra-  
686 tionshintergrund, darunter auch viele mittelständische Firmen und Großbetriebe. Auch  
687 andere Unternehmen profitieren von der interkulturellen Kompetenz der Zugewander-  
688 ten, da diese beispielsweise neue Märkte im Ausland erschließen. Migrantische Unter-  
689 nehmen weisen überdurchschnittlich höhere Auslandsumsätze auf, bewirken die Interna-  
690 tionalisierung des Mittelstands, schaffen neue Wachstumspotenziale und erweitern das  
691 Waren- und Dienstleistungsangebot. Durch zusätzliche Impulse auf dem Ausbildungs-,  
692 Weiterbildungs- und Arbeitsmarkt tragen sie zur Fachkräftesicherung und zur Integri-  
693 ation bei. Wir würdigen die starke wirtschaftliche Bedeutung dieser Selbstständigen und  
694 wollen die noch nicht ausgeschöpften Potenziale heben. Auf die spezifischen Fragen  
695 dieser Gründer\*innen wollen wir passgenaue Antworten finden. Dafür sind Informatio-  
696 nen über Beratungs- und Förderprogramme sowie Unterstützung bei der Finanzierung in  
697 der Gründungs-, aber auch in der Wachstumsphase unverzichtbar. Wir werden daher be-  
698 reits bestehende Förder- und Finanzierungsprogramme anforderungsgerecht weiterent-  
699 wickeln.

## 700 **Gesundheitswirtschaft – neue Ideen und starke Unternehmen für** 701 **die bestmögliche Versorgung**

702 Die größte Einzelbranche in NRW ist die Gesundheitswirtschaft. Sie stellt mit weit über ei-  
703 ner Million Beschäftigten jeden sechsten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Die  
704 demografische Entwicklung, aber auch der medizinische und technische Fortschritt führen  
705 zu großen Innovations- und Wachstumspotenzialen.

706 Kern dieser Branche ist die unmittelbare medizinische und pflegerische, pharmakologi-  
707 sche und therapeutische Versorgung vor Ort. Kernbereiche, Forschung und Entwicklung,  
708 Vor- und Zulieferbranchen sowie nachgelagerte Branchen sind in kleinen und mittleren  
709 Unternehmen genauso wie in Großunternehmen in NRW vorhanden. Die Herausforderun-  
710 gen eines Versorgungssystems, dessen Patient\*innen immer älter und dessen finanzielle  
711 und personelle Ressourcen immer knapper werden, sind groß. Doch mit innovativen Lö-  
712 sungsstrategien können wir ihnen effizienter begegnen und bessere Ergebnisse erzielen.  
713 Der Mensch als Patient\*in, als Pflegebedürftige\*r, als Beschäftigte\*r steht dabei im Zentrum  
714 aller Ansätze.

715 Wir sind in NRW mit der Cluster-Ausweisung, mit dem Leitmarkt Gesundheit bei der EFRE-  
716 Finanzierung, dem Pharmadialog des Gesundheitsministeriums und der Vernetzung vie-  
717 ler Akteur\*innen einen wichtigen Schritt vorangekommen. Ob Arzneimitteltherapiesicher-  
718 heit, Fall- oder Patientenakte, ob Televisiten im Pflegeheim außerhalb der Praxiszeiten,  
719 ob Schlaganfall-Lots\*innen oder Exoskelett zum Mobilitätsgewinn, anonyme Spurensiche-  
720 rung oder Kunstherz – die Spanne dessen, wo wir in NRW die Spitze der Spitze sind, ist  
721 groß.

722 Damit diese wichtige Säule unserer Wirtschaft auch in Zukunft die Sicherung unserer Ver-  
723 sorgung stützt und damit ihre Potenziale steigert, wollen wir weiterhin die Gesundheits-  
724 wirtschaft in NRW fördern, fördern und stärken. Mit Unterstützung von Technik, Telematik  
725 und Telemedizin wollen wir unsere Unternehmen stärken und die Menschen in NRW zu-  
726 kunftsfest und bestmöglich versorgen

## 727 **Tourismuswirtschaft – Nachhaltig – vielfältig – inklusiv**

728 NRW ist eine der zentralen Tourismusregionen in Deutschland. Die Branche wächst hier  
729 weit dynamischer als in anderen Flächenländern. Rund 630.000 Arbeitsplätze in NRW ste-  
730 hen direkt oder indirekt mit dem Tourismus in Verbindung. NRWs Stärke ist seine Vielfältig-  
731 keit: pulsierende Großstädte mit Geschäftsreise-, Messe-, Gesundheits- und Wochenend-  
732 tourismus und attraktivem Freizeit- sowie Kulturangeboten einerseits und wunderschöne  
733 Naturlandschaften und Naherholungsangebote andererseits. Mit der Weiterentwicklung  
734 und Unterstützung der Marke „Dein NRW Natur“ wollen wir dem Wunsch vieler Menschen  
735 – insbesondere auch von Familien mit Kindern – nach naturverträglichem Urlaub und  
736 Erholung in den grünen Lungen abseits der Ballungsräume Rechnung tragen.

737 Dazu gehört die Vernetzung mit bereits entwickelten Angeboten. Die Nationalparkregion  
738 Eifel, die in Nordrhein-Westfalen liegenden Naturparke und die vielen weiteren Partner  
739 in den ländlichen Regionen bieten hierzu vielfältige Angebote. Hier liegen noch große

740 Potenziale, die wir im Sinne der gesamten ländlichen Strukturförderung unterstützen und  
741 weiterentwickeln wollen. Ein weiterer Fokus für den Naturtourismus liegt auf der För-  
742 derung klein- und mittelständischer Betriebe in ländlichen Regionen sowie auf dem Er-  
743 schließen neuer Zielgruppen wie zum Beispiel Menschen mit Behinderung. Der Natur-  
744 tourismus stärkt das unmittelbare Erleben von Natur als besonderer Wert der ländlichen  
745 Regionen. Gemeinsam mit allen, die im Tourismusgeschäft unterwegs sind, wollen wir  
746 Maßnahmen zum Schutz und zum Erleben der Natur, zur Einhaltung der Klimaschutzziele  
747 entwickeln und fördern. Dazu gehört unter anderem auch, die Einrichtung eines Natio-  
748 nalparks Senne und des ersten Nationalen Naturmonuments in NRW unter Federführung  
749 des Landes und die Weiterentwicklung des Nationalparks Eifel sowie der vielen weite-  
750 ren Naturerlebnis- und Umweltbildungseinrichtungen. Wir wollen zudem die Nahmobili-  
751 tät und ihre Bedeutung für nachhaltigen Tourismus im ländlichen Raum verstärkt in den  
752 Fokus nehmen. Dazu braucht es weiterhin Anstrengungen, um unter anderem den Rad-  
753 verkehr in diesen Regionen zu fördern und die Infrastruktur (Beschilderung, Raststätten,  
754 Bett-und-Bike-Angebote, Elektro-Ladestationen oder GPS-Routing) entsprechend auszu-  
755 bauen.

## 756 **Starker Standort für Kreative**

757 Der Wirtschaftsplatz NRW ist auch starker Standort für alle Kreativen in der Film-, Medien-  
758 und Werbebranche. Öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender, Produktionsfirmen,  
759 Werbeagenturen, diverse Hochschulen für Kunst und Medien: Rund 300.000 Menschen  
760 arbeiten in NRW in den unterschiedlichsten Bereichen der Medien- und Kommunikations-  
761 branche. Sie hat eine enorme wirtschaftliche Bedeutung für unser Bundesland. Wir wollen  
762 diesen wichtigen Wirtschaftszweig weiter fördern und ausbauen.

763 Mit den „InnovationsGutscheinen“ geben wir kleinen und mittleren Betrieben Eintritts-  
764 karten zu den Forschungslaboren der besten europäischen Hochschulen und Institute. Wir  
765 wollen analog „KreativGutscheine“ einführen, um gerade Kleinstunternehmen und Freibe-  
766 rufler\*innen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft den Marktzugang mit neuen Produkten  
767 und Dienstleistungen zu erleichtern. Neben Investitionen in die Erstvermarktung von neu-  
768 en, kreativen Produkten und Dienstleistungen sollten auch Werbekosten zum Beispiel für  
769 Messeauftritte gefördert werden. Hierfür sollen entsprechende Förderprogramm geprüft  
770 werden.

## 771 **Starker Standort für die Games-Branche und die IT-Wirtschaft**

772 NRW ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort für die Games-Branche. Rund ein Fünftel aller  
773 in Deutschland ansässigen Unternehmen im Bereich Computer- und Videospiele haben  
774 hier ihren Sitz, mittlerweile sind dies weit über 200 Firmen. Auch die Weltmarktführer  
775 der Branche sind in NRW vertreten. Der Umsatz mit Spielen für Computer, Konsolen und  
776 Smartphones ist im ersten Halbjahr 2016 um etwa zehn Prozent auf 971 Millionen Eu-  
777 ro gestiegen. Games sind auch ein Entwicklungsfaktor für die gesamte IT-Wirtschaft. Mit  
778 der gamescom in Köln ist das Gameland NRW Gastgeber der weltweit größten Messe für  
779 Computer- und Videospiele.

780 Wir wollen daher diesen wichtigen Wirtschaftszweig weiter stärken und mit Blick auf Grün-  
781 dungen, Kapital und Innovationen die besten Bedingungen schaffen. Gerade kleine und  
782 innovative Start-ups brauchen optimale finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen.  
783 Wir haben bereits Förderprogramme über die NRW.Bank und die Film- und Medienstiftung  
784 NRW eingerichtet. Diese Programme wollen wir stärken und bedarfsabhängig anpassen.  
785 In den vergangenen Jahren sind bereits einige Studiengänge für Game-Development in  
786 NRW entstanden. Hier wollen wir noch ungenutzte Potenziale heben und die Ausbildung  
787 qualifizierter Nachwuchskräfte forcieren.

## 788 **Wirtschaftsförderung – das wollen wir GRÜNE**

- 789 • Mehr Menschen mit Ideen zu Gründer\*innen machen und sie auf ihrem Weg fördern
- 790 • Der Spitzen-Standort für Start-ups mit technologischen Innovationsideen sein, dafür  
791 bleiben wir unter anderem Vorreiter beim Bürokratieabbau für Gründer\*innen
- 792 • Migrant\*innen bei der Existenzgründung spezifisch unterstützen
- 793 • Weiter in den Erhalt und die Sanierung von Infrastruktur investieren, damit hiesige  
794 Unternehmen schnell ans Ziel kommen – auch im Netz
- 795 • Den Dienstleistungssektor unter anderem mit dem Green New Deal stärken, um dem  
796 Strukturwandel zu begegnen
- 797 • Die energetische Sanierung und damit die Energieeinsparung und das Handwerk  
798 fördern
- 799 • Die Potenziale der Gesundheitswirtschaft ausschöpfen
- 800 • Die wichtige Games-Branche ebenso wie die Kreativ- und Medienwirtschaft stärken,  
801 unter anderem durch passgenaue, neue Förderprogramme
- 802 • NRW als Destination für nachhaltigen und sanften Tourismus fördern

## 803 **Alle Menschen sollen vom digitalen Wandel profitieren**

804 Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche. Wir sehen den digitalen Wandel als Chan-  
805 ce, aber auch als politischen Handlungsauftrag. Die Digitalisierung voranzutreiben, die  
806 Menschen, aber auch die Unternehmen bei dieser Entwicklung zu begleiten, betrachten  
807 wir als politische Querschnittsaufgabe. Dass alle auf schnelle und sichere Internetverbin-  
808 dungen zugreifen und damit an den Chancen der Digitalisierung teilhaben können, ist für  
809 uns GRÜNE eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir haben daher massiv in den Breitband-  
810 Ausbau investiert und sind das Flächenland mit der besten digitalen Infrastruktur.

811 Auch für die Betriebe bedeutet die Digitalisierung teils tiefgreifende Umbrüche.  
812 Nordrhein-Westfalens zukünftige wirtschaftliche Entwicklung wird maßgeblich davon ab-  
813 hängen, wie die hiesigen Unternehmen diese Herausforderungen meistern. Wir GRÜNE  
814 wollen sie in diesem Prozess bestmöglich unterstützen und optimale Bedingungen für die  
815 digitale Wirtschaft schaffen. Diese Unterstützung beginnen wir beim Breitbandausbau und

816 setzen sie mit der Strategie „Digitale Wirtschaft NRW“ fort. Gerade kleine und mittelständische  
817 Unternehmen wollen wir dabei begleiten, die Potenziale der Digitalisierung zu heben  
818 – insbesondere wenn diese zu mehr Klima- und Ressourcenschutz oder Datensicherheit  
819 führt. Für die ökologisch-industrielle Modernisierung ist die Digitalisierung der Motor.

## 820 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

821 Wir gewährleisten die Infrastruktur, die NRW für den digitalen Wandel braucht. Bereits jetzt  
822 verfügen 91,8 Prozent der Haushalte über Anschlüsse mit Übertragungsgeschwindigkeiten  
823 von mindestens 16 Mbit/s. 77,4 Prozent surfen schon derzeit mit mindestens 50 Mbit/s.  
824 NRW belegt damit den Spitzenplatz unter den Flächenländern. Und wir investieren weiter  
825 und bauen die Vorreiterrolle aus: In NRW stellen wir bis 2018 eine halbe Milliarde Euro für  
826 den Breitbandausbau bereit, damit alle Haushalte und Unternehmen Zugang zum schnellen  
827 Netz haben. Neben dem Breitbandausbau in den ländlichen Räumen erhalten bis 2018  
828 alle Gewerbegebiete Anschluss an das schnelle und zukunftsfähige Glasfasernetz.

829 Wir sind zudem Teil der Freifunk-Bewegung, die für offene, unzensurierte und anonyme Zu-  
830 gänge zum Internet kämpft. Wir haben sichergestellt, dass die Freifunk-Initiativen finan-  
831 ziell gefördert werden und ihre Router in und auf landeseigenen Gebäuden aufstellen  
832 können.

833 Um die Unternehmen in NRW bei der Digitalisierung zu begleiten, haben wir massiv in-  
834 vestiert und unter anderem die Strategie „Digitale Wirtschaft NRW“ (DWNRW) entwickelt.  
835 Als ihren zentralen Bestandteil haben wir sechs regionale Zentren für die digitale Wirt-  
836 schaft initiiert. Die DWNRW-Hubs helfen dabei, alteingesessene Unternehmen mit jungen  
837 Start-ups zu vernetzen und digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln. Dass auch der Ein-  
838 zelhandel und die Kund\*innen in den Innenstädten vom Onlinehandel profitieren, zeigen  
839 bereits erfolgreiche Modellprojekte zur Verknüpfung von stationärem und digitalem Han-  
840 del. Wir haben dafür gesorgt, dass in allen Regierungsbezirken solche zukunftssträchtigen  
841 Konzepte erprobt werden.

## 842 **Schnelles Internet für alle**

843 Wir lösen mit einem Technikmix unser Versprechen ein, Übertragungsgeschwindigkeiten  
844 von mindestens 50 Mbit/s für alle Haushalte bis zum Jahr 2018 zu gewährleisten. Für die  
845 weitere Perspektive brauchen wir jedoch einen Umstieg auf den ausschließlichen Glasfa-  
846 serausbau, weil nur diese Technik wirklich zukunftsfähig ist.

847 Der Zugang zum schnellen Internet ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb werden  
848 wir eine detaillierte Planung für den Glasfaserausbau auf den Weg bringen. Wir wollen  
849 einen flächendeckenden Glasfaserausbau bis zum Jahr 2025 realisieren. NRW hat große  
850 Anstrengungen unternommen. Wir sind bereit, diesen Weg fortzusetzen, und den Ausbau  
851 weiterhin mit erheblichen Mitteln zu unterstützen. Wir wollen auch neue Förderinstrumen-  
852 te entwickeln – unter anderem eine qualitative Weiterentwicklung der Gemeindefinanzie-  
853 rung mit dem Ziel, die Landeszahlungen an Kommunen mit Ausbaubedarf zu erhöhen –  
854 und so die Breitbandförderung ausbauen. Zudem wollen wir Kommunen bei der Gründung  
855 von Netzgesellschaften und Breitbandgenossenschaften beraten und unterstützen.

856 Diese ambitionierten Ausbauziele lassen sich aber nur erreichen, wenn endlich alle am  
857 Ausbau beteiligten Akteur\*innen an einem Strang ziehen. Hierbei ist zuvorderst der Bund  
858 in der Pflicht. Nachdem er nach jahrelanger Untätigkeit zeitweise mit Mitteln aus der Di-  
859 gitalen Dividende II den Breitbandausbau unterstützte, erwarten wir nun, dass diese För-  
860 derung verstetigt wird. In einem liberalisierten Markt müssen auch die Telekommunikati-  
861 onsanbieter ihrer Ausbauverantwortung stärker gerecht werden.

862 Wir werden auch Druck auf den Bund machen für einen zukunftsfähigen Regulierungs-  
863 rahmen, der Wettbewerb sicherstellt und für Kund\*innen die Kosten niedrig hält. Den  
864 Ausbau in besonders unterversorgten Regionen wollen wir durch eine Universaldienst-  
865 verpflichtung forcieren. Mit der Änderung des Landesmediengesetzes haben wir bereits  
866 einen Schritt zur Absicherung der Netzneutralität, der gleichberechtigten Übertragung von  
867 Datenpaketen, gemacht. Die Landesanstalt für Medien hat nun im Rahmen der Vielfaltsi-  
868 cherung den Auftrag zur Aufsicht über Netzneutralität. Wir wollen die Anbieter, aber auch  
869 gesetzlich zur Netzneutralität verpflichten.

870 Wir wollen in NRW auch die Zukunft des mobilen Internets mitgestalten. Deshalb setzen  
871 wir uns dafür ein, Testfelder für den neuen Mobilfunkstandard 5G in NRW zu implemen-  
872 tieren. Gemeinsam mit Partner\*innen aus der nordrhein-westfälischen Telekommunika-  
873 tionswirtschaft und Partner\*innen aus der Forschungslandschaft wollen wir bereits vor  
874 seiner Marktreife, die nach Plänen der EU bis 2020 erreicht werden soll, erste Testgebie-  
875 te einrichten. Von der 5G- Implementierung sollen auch die ländlichen Räume profitieren.  
876 Voraussetzung hierfür ist die kurzfristige Erschließung auch der ländlichen Gemeinden mit  
877 schneller Glasfaserinfrastruktur.

## 878 **Freies WLAN als Standortfaktor fördern**

879 Auch außerhalb der eigenen Wohnung darf der Zugang zum Internet nicht vom Geldbeutel  
880 abhängen. Für die Einwohner\*innen, die lokale Wirtschaft, aber auch den Tourismus sind  
881 öffentliche WLAN-Netze inzwischen ein wichtiger Standortfaktor. Dem vielerorts noch be-  
882 stehenden Nachholbedarf wollen wir begegnen und dafür sorgen, dass immer mehr Men-  
883 schen auch unterwegs freien, kostenlosen und sicheren Zugang zum Internet haben. Die  
884 Nutzbarkeit soll in den Innenstädten genauso gewährleistet werden wie in öffentlichen  
885 Einrichtungen, Bussen und Bahnen, die durch WLAN noch attraktiver werden. Wir wer-  
886 den in Pilotprojekten verschiedene Beteiligungsmodelle von Kommunen, Internetanbie-  
887 tern und lokalen Akteur\*innen erproben. Wir wollen zudem prüfen, ob die WLAN-Netze an  
888 den öffentlichen Hochschulen im Land für alle Menschen geöffnet werden können.

## 889 **Wir unterstützen die Freifunker\*innen weiter**

890 Zur Digitalisierung tragen auch Tausende Freifunker\*innen bei, die dezentrale und selbst-  
891 verwaltete freie WLANs aufbauen. Wir GRÜNE stehen weiterhin an der Seite dieser en-  
892 gagierten Menschen. Sie sorgen unter anderem dafür, dass Geflüchtete sich online infor-  
893 mieren und Kontakt mit ihren Familien halten können. Um dem Ziel einer flächendecken-  
894 den Versorgung mit kostenlosem WLAN näherzukommen, setzen wir uns weiterhin für den  
895 Ausbau von Freifunknetzen und die Öffnung von kommunalen und öffentlichen Gebäuden

896 wie Hochschulen für Freifunkrouter ein. Wir haben in den vergangenen Jahren intensiv  
897 für die Haftungsfreistellung von WLAN-Betreiber\*innen gekämpft. Die Bundesregierung  
898 war aber auch nach einem langen Gesetzgebungsprozess bisher nicht in der Lage, eine  
899 rechtssichere Lösung für die sogenannte Störerhaftung zu entwickeln. Wir werden des-  
900 halb unseren Einfluss im Bund geltend machen, um Rechtssicherheit zu schaffen und so  
901 den WLAN-Ausbau in Deutschland voranzubringen. Um Freifunk-Vereine in ihrer Arbeit zu  
902 unterstützen, setzen wir uns für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk ein.

## 903 **Der digitale Strukturwandel als Chance**

904 Wir wollen die Digitalisierung für wirtschaftliche Dynamik und Innovation nutzen. Unter-  
905 nehmen, die sich bereits digitalisieren, wollen wir auf diesem Weg begleiten. Wir wis-  
906 sen jedoch, dass weit mehr Unternehmen sich dieser Aufgabe erst noch stellen müssen.  
907 Für diese Unternehmen wollen wir Förderangebote machen, damit sie alle Potenziale, die  
908 sich ihnen bieten, voll ausschöpfen können. Die technische Verfügbarkeit von schnellem  
909 Internet ist hierfür zwar notwendig, aber allein nicht ausreichend. Wir wollen, dass alle  
910 Betriebe die ganze Vielfalt des digitalen Wandels nutzen können. Wenn die Einrichtung  
911 einer schnellen Internetverbindung allein dafür genutzt wird, E-Mails schneller abzurufen,  
912 wird wertvolles Zukunftspotenzial verschenkt. Wir wollen Unternehmen stattdessen dabei  
913 unterstützen, ihre Geschäftsmodelle, Produkte und Verfahren auf die Digitalisierung aus-  
914 zurichten und für ihre Zukunftsfähigkeit zu nutzen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür  
915 schaffen, dass keine Region und keine Branche abgehängt werden, weder in der Industrie  
916 noch im Handwerk.

917 So vielfältig die Herausforderungen in den einzelnen Bereichen des wirtschaftlichen Le-  
918 bens sind, so vielfältige Unterstützungsmaßnahmen wollen wir gewährleisten. Im Mittel-  
919 punkt steht dabei für uns der Gedanke, bewährte und leistungsstarke Strukturen und junge,  
920 innovative Unternehmen zu vernetzen. Branchenübergreifende Kooperationen werden  
921 in einer digitalen Wirtschaftswelt mehr denn je notwendig sein, wenn nicht mehr allein  
922 das Gewerk oder das Produkt über den Erfolg entscheiden, sondern das Geschäftsmodell.  
923 Hierbei kommt digitalen Start-ups eine besondere Bedeutung zu.

924 Digitale Techniken ermöglichen den Wandel zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien,  
925 Einspar- und Effizienzpotenziale liegen in allen Bereichen. Bessere Steuerung, sei es beim  
926 Wasser- oder Energieverbrauch oder auch in der Landwirtschaft führen zu mehr Nachhal-  
927 tigkeit. Insbesondere das Handwerk, das die Energiewende und die ökologische Transfor-  
928 mation direkt zu den Kund\*innen bringt, wollen wir für die Potenziale der Digitalisierung  
929 sensibilisieren. Um entsprechende gewerkeübergreifende Kooperationen zu fördern, wol-  
930 len wir eine Initiative „Smart Home and Living im Handwerk“ auflegen. So werden wir  
931 Projekte fördern, die beispielhaft für die neue Rolle des Handwerks bei der Transmission  
932 digitaler Technik in die jeweiligen Gewerke stehen.

## 933 **Wir stärken Unternehmen in der Industrie 4.0**

934 Der industrielle Sektor mit seiner für unser Land überragenden Bedeutung ist derzeit ei-  
935 nem grundlegenden Wandel unterworfen. Neben neuen Geschäftsmodellen ändert sich



936 auch die industrielle Basis: Maschinen, Bauteile und Komponenten in der Produktion wer-  
 937 den digital vernetzt. Diese produktiveren und flexibleren cyber-physischen Systeme lassen  
 938 industrielle Wertschöpfung auch bei kleinsten Stückzahlen und sogar bis zur Losgröße eins  
 939 zu. Das heißt, auch Einzelstücke können nach einer Bestellung umgehend hergestellt wer-  
 940 den. Die größten Fortschritte in der Industrie 4.0 sind bei der Digitalisierung vorhandener  
 941 wirtschaftlicher Strukturen erkennbar. Wir wollen auch hier den Wissenstransfer stärken  
 942 und für die neuen Chancen sensibilisieren. Mit dem Spitzencluster „Intelligente Technische  
 943 Systeme Ostwestfalen-Lippe (it’s OWL)“ ist dies in einer Region bereits in vorbildlicher Wei-  
 944 se gelungen. Hier ist ein Technologienetzwerk von internationalem Rang entstanden, das  
 945 für die Digitalisierung der Industrie herausragende Bedeutung hat. Wir wollen „it’s OWL“  
 946 weiterführen und seine Stärken – die branchenübergreifende und auch brancheninterne  
 947 Kooperation – auch für andere Regionen nutzbar machen.

948 Wir wollen den Ausbau von IT-basierter Heimarbeitsplätze unterstützen, denn sie sorgen  
 949 für mehr Zeitsouveränität, fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Teil-  
 950 habe. Zugleich sind sie Baustein der digitalen Transformation von Betrieben. Wir werden  
 951 deshalb im Rahmen der Wirtschaftsförderung vorbildliche und übertragbare Modellpro-  
 952 jekte unterstützen, bei denen digitale Heimarbeitsplätze unter anderem hinsichtlich des  
 953 Datenschutzes vorbildlich umgesetzt werden.

## 954 **Showrooms „Digitales NRW“ – Platz zum Austausch für digitale** 955 **Pionier\*innen**

956 Wir sind Partner\*innen innovativer Start-ups und wollen für sie beste Bedingungen in  
 957 NRW schaffen. Die Ausgangslage ist gut, denn NRW verfügt über eine gut aufgestell-  
 958 te und vielfältige Hochschullandschaft und ein gründerfreundliches Umfeld. Wir wollen  
 959 Gründer\*innen verstärkt Möglichkeiten geben, sich mit Geldgeber\*innen und industriellen  
 960 Partner\*innen zu vernetzen und sich mit ihren Geschäftsideen und -modellen zu präsentie-  
 961 ren. Ergänzend zu den bereits vorhandenen Maßnahmen schlagen wir vor, in Kooperation  
 962 mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zwei Showrooms „Digitales NRW“ einzurich-  
 963 ten. Diese Showrooms sollen als Präsentationsraum für Gründer\*innen aus der digitalen  
 964 Wirtschaft oder für Initiativen der digitalen Zivilgesellschaft dienen, aber auch Räume für  
 965 Co-Working oder Hackerspaces bereitstellen.

## 966 **Smarter Handel – Wir vernetzen den Einzelhandel online und in** 967 **den Innenstädten**

968 Dass das Internet und digitale Vertriebswege für Geschäfte vor Ort nicht nur Gefahr, son-  
 969 dern auch Chance sind, zeigen Modellprojekte zu Verknüpfung von Online- und Einzel-  
 970 handel. Die erarbeiteten Konzepte sollen auf andere Städte und Gemeinden, die Idee der  
 971 Vernetzung auf andere Themenbereiche übertragen werden. Wir wollen in der nächsten  
 972 Legislaturperiode durch regelmäßige Konferenzen und Workshops gemeinsam mit den Ak-  
 973 teur\*innen des Einzelhandels ein Gesamtkonzept „Smarter Handel“ entwickeln.

## 974 **Wir machen NRW zum Land der sicheren IT**

975 IT-Sicherheit ist der Schlüssel zur Entwicklung einer digitalen Gesellschaft. Ein hohes Da-  
 976 tensicherheitsniveau schützt die Kund\*innen wie die Betriebe gleichermaßen. Gerade die  
 977 Hidden Champions, kleine, hochspezialisierte Weltmarktführer, sind das Rückgrat unse-  
 978 rer Wirtschaft und in der Wissensgesellschaft auf den Schutz ihrer Geschäftsgeheimnisse  
 979 angewiesen. Deshalb wollen wir den Ausbau sicherer IT-Infrastrukturen stärken und den  
 980 öffentlichen Sektor als Motor dieser Entwicklung profilieren. Hierbei spielt der Einsatz von  
 981 freier und offener Software eine wichtige Rolle. Wir wollen die Beratungsangebote zum  
 982 Thema Datenschutz und Datensicherheit für die nordrhein-westfälischen Betriebe ausbau-  
 983 en und in einer zentralen Kontaktstelle bündeln und die Strukturen der Wirtschaftsförde-  
 984 rung in diesem Bereich optimieren. Mit einem Siegel „Sichere IT made in NRW“ wollen wir  
 985 Vorreiter\*innen in diesem Bereich sichtbar machen.

## 986 **Digitalisierung des Gesundheitswesens**

987 Die Digitalisierung wirkt sich auch auf das Gesundheitswesen aus. Sie bietet große Chan-  
 988 cen, beispielsweise für die Versorgung der Menschen in ländlichen Räumen. Nordrhein-  
 989 Westfalen ist führend in der Telematik im Gesundheitswesen. Mit dem Zentrum für Tele-  
 990 matik und Telemedizin und dem bundesweiten elektronischen Gesundheitsberuferegister  
 991 in Bochum haben wir wichtige Institutionen vor Ort. In den vergangenen Jahren haben wir  
 992 viele patientenorientierte telemedizinische Ansätze gefördert. Wir werden dafür sorgen,  
 993 dass diese Entwicklung zügig voranschreitet, dabei aber der Mensch stets im Mittelpunkt  
 994 steht. Die Strukturen müssen so ausgerichtet sein, dass die Beschäftigten im Gesundheits-  
 995 wesen sie als Mehrwert und arbeitserleichternd erleben, die Patient\*innen sich mitgenom-  
 996 men und informiert fühlen und die Datensicherheit jederzeit gewährleistet ist.

## 997 **NRW wird zur Smarten Heimat**

998 Wir wollen die Vorteile der Digitalisierung für die Menschen in den ländlichen Räumen  
 999 nutzbar machen. In einem Modellprojekt „Smarte Heimat NRW“ wollen wir in fünf Dörfern  
 1000 intensiv digitale Lösungen für die Menschen auf dem Land beispielsweise in den Bereichen  
 1001 Versorgung, Logistik, Pflege, Gesundheit und Wohnen erproben. Mit digitalen Antworten  
 1002 wollen wir der Landflucht entgegenwirken und dörfliche Strukturen erhalten. Das Projekt  
 1003 soll wissenschaftlich begleitet und dabei die Forschung an „Smart Technologies“ ausge-  
 1004 weitet werden.

## 1005 **Den digitalen Wandel reflektieren und begleiten**

1006 Schon immer waren die Unternehmen einem stetigen Wandel unterzogen. Doch die Digita-  
 1007 lisierung führt dazu, dass die Geschwindigkeit der Veränderungen eine besondere Heraus-  
 1008 forderung darstellt. Innovationszyklen werden schon jetzt immer kürzer und immer neuere  
 1009 Kommunikations- und Informationstechnologien verändern Strukturen und Prozesse nicht  
 1010 nur in der Wirtschaft, sondern auch in Verwaltungsstrukturen. Virtuelle und reale Welten

1011 zusammenzubringen, stellt somit auch Politik und Verwaltung vor große Herausforderun-  
1012 gen.

1013 Der Wandel NRWs zum Land digitaler Kompetenzen und smarterer Lösungen muss von ei-  
1014 nem Exzellenzcluster wissenschaftlich erforscht und begleitet werden. Wir wollen ein wis-  
1015 senschaftliches Institut zur interdisziplinären Erforschung der möglichen tiefgreifenden  
1016 Prozesse der Digitalisierung aufbauen und die hierzu forschenden Anwendungswissen-  
1017 schaften in den Fachbereichen Medien-/Kommunikationswissenschaften, Informatik, So-  
1018 ziologie, Politik, Jura, BWL/VWL und Psychologie zusammenführen. Das Institut soll Politik,  
1019 Verwaltung und Wirtschaft beraten und dafür Change-Prozesse identifizieren, Effekte pro-  
1020 gnostizieren, technische, ökonomische, politische, juristische, soziale und kulturelle Impli-  
1021 kationen erarbeiten.

## 1022 Digitalisierung – das wollen wir GRÜNE

- 1023 • Bis zum Jahr 2025 flächendeckend Glasfasertechnik
- 1024 • Die Gemeindefinanzierung weiterentwickeln, um der Versorgung mit schnellem In-  
1025 ternet als Daseinsvorsorge Rechnung zu tragen
- 1026 • Mehr freies WLAN, dafür unterstützen wir unter anderem Freifunker\*innen und Pi-  
1027 lotprojekte
- 1028 • NRW bleibt Partner für die Industrie 4.0 und innovative Start-ups, unter anderem mit  
1029 zwei Digitalen Showrooms
- 1030 • Ein Konzept „Smarter Handel“ entwickeln, um Onlinegeschäft und Einzelhänd-  
1031 ler\*innen zu vernetzen
- 1032 • NRW zum Land der sicheren IT machen und so unter anderem die Hidden Champions  
1033 im Land stützen
- 1034 • Die Vorteile der Digitalisierung für die ländlichen Räume mit dem Modellprojekt  
1035 „Smarte Heimat“ erproben und sichtbar machen
- 1036 • Die Auswirkungen der Digitalisierung wissenschaftlich begleiten und Politik, Verwal-  
1037 tung und Wirtschaft in dem Prozess beraten

## 1038 Landwirtschaft in NRW: regional – biologisch – artgerecht

1039 Unser GRÜNES Leitbild sind starke bäuerliche Familienbetriebe. Bäuerlich bedeutet für uns  
1040 eine Wirtschaftsweise, bei denen die Bäuerinnen und Bauern verbunden mit der Natur und  
1041 dem sozialen Umfeld, Produkte herstellen, hinter denen sie eigenverantwortlich stehen.

1042 Nordrhein-Westfalen ist nicht nur Industrieland, sondern auch Landwirtschafts-Land. Die  
1043 Landwirtschaft hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung. Sie  
1044 sichert die Ernährung, erzeugt Futtermittel, produziert nachwachsende Rohstoffe, erhält  
1045 eine vielfältige Kulturlandschaft und bildet die Grundlage für die Attraktivität unserer  
1046 ländlichen Räume. Die nachhaltige Entwicklung und Ausrichtung von Landwirtschaft und

1047 Ernährung rücken angesichts globaler Entwicklungen in den Mittelpunkt. Was prinzipiell  
1048 richtig ist, findet in der Praxis oftmals unzureichend statt. Die auf Wachstum ausge-  
1049 richtete Globalisierung der Märkte hat weltweit zu einer zunehmenden Anonymisierung  
1050 der Lebensmittelproduktion und zu steigenden Abhängigkeiten der Bäuerinnen und Bau-  
1051 ern von einigen wenigen Konzernen und Lebensmittelhändler\*innen geführt. Hierzulande  
1052 bedeutet diese Entwicklung: Die Landwirtschaft wird zunehmend intensiviert, viele Höfe  
1053 wurden und werden aufgegeben. Ähnliches ist im mittelständischen Ernährungshandwerk  
1054 bei Mühlen, Bäckereien und Metzgereien wie auch bei Molkereien zu beobachten.

### 1055 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1056 Auf dem Weg zu einer nachhaltigen, klima-, natur-, umwelt-, tier- und verbraucherge-  
1057 rechten Land- und Ernährungswirtschaft sind wir in den vergangenen Jahren ein gutes  
1058 Stück vorangekommen. Wir haben den Anbau von Ökolebensmitteln gefördert, dafür ge-  
1059 sorgt, dass der Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung reduziert, Strohhaltung und Wei-  
1060 degang gefördert werden, Filter in großen Schweinemastanlagen Pflicht sind und das  
1061 Verbandklagerecht für Tierschutzorganisationen eingeführt wurde. Wir haben ein 100-  
1062 Kantinenprogramm für regionale und artgerechte Produkte aufgelegt. Das NRW-Projekt  
1063 für Tierwohl im ökologischen Landbau setzt bundesweit Maßstäbe für eine Nutztierhal-  
1064 tung nach Tierwohl-Kriterien. Als Mitglied im Netzwerk der gentechnikfreien Regionen in  
1065 Europa haben wir starke Partner in ganz Europa für den Schutz einer regionalen gentech-  
1066 nikkfreien Landwirtschaft.

1067 Wir werden den begonnenen Weg auch in Zukunft weitergehen. Wir machen uns stark für  
1068 unsere bäuerlichen Familienbetriebe und das mittelständische Ernährungshandwerk, für  
1069 mehr Wertschöpfung und gegen Preise unter Wert. Wir wollen Landwirt\*innen und Ernäh-  
1070 rungshandwerk gegenüber dem Handel stärken, das Genossenschaftswesen beleben, die  
1071 Möglichkeiten der Ausdifferenzierung von Förderungen vorantreiben und Auflagen über-  
1072 prüfen, um kleinere und mittlere Betriebe zu entlasten.

### 1073 **Umbau der Tierhaltung / NRW beweist Haltung – Offensive für 1074 eine nachhaltige Tierhaltung und Landwirtschaft**

1075 Wir stehen für die Neuausrichtung der Landwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit: bäu-  
1076 erliche, wirtschaftlich erfolgreiche, natur-, umwelt- und klimasensible Landwirtschaft im  
1077 Haupt-, aber auch im Nebenerwerb, die das Wohl der Nutztiere ebenso im Blick behält wie  
1078 die Interessen der Verbraucher\*innen und ihren Wunsch nach gesunden, gentechnikfreien,  
1079 biologischen und regional erzeugten Lebensmitteln. Wir treten ein für ein angemessenes  
1080 Einkommen für die Landwirt\*innen und im Lebensmittelhandwerk.

1081 Wir wollen Klasse statt Masse. Die Nutztierhaltung ist nach den Kriterien von Tier-  
1082 schutz, Umwelt- und Gesundheitsschutz zu organisieren. Ohne eine Deindustrialisierung  
1083 der Landwirtschaft wird das nicht gehen. Deshalb werden wir unsere Politik für eine flä-  
1084 chengebundene, nachhaltige und bäuerliche Nutztierhaltung fortsetzen. Wir wollen Bau-  
1085 ernhöfe statt Tierfabriken. Der Umbau der Tierhaltung ist die zentrale gesellschaftliche

1086 Herausforderung, die Erzeuger\*innen und Verbraucher\*innen vor große Herausforderun-  
 1087 gen stellt und vielfältigster Initiativen auf allen Ebenen bedarf. Tiergerechtere Haltungs-  
 1088 systeme, nachhaltige Zucht, gentechnikfreie Fütterung mit heimischen Eiweißträgern, die  
 1089 Beendigung des regelmäßigen Antibiotikaeinsatzes, die umweltgerechte Modernisierung  
 1090 der Tierhaltung und die konsequente Neuausrichtung von Information, Beratung und För-  
 1091 derung sind Ansatzpunkte für den Umbau, der zwischen Stall und Ladentheke notwendig  
 1092 ist. Zweinutzungstiere für Zucht und Mast anstelle von Kükenschreddern und Kühe auf  
 1093 der Weide anstelle ganzjähriger Stallhaltung sind für uns elementare Grundanliegen des  
 1094 Umbaus der Tierhaltung. Amputationsverbote, die Abschaffung der baurechtlichen Privi-  
 1095 legierung von Großmastanlagen (nach Bundesimmissionsschutzgesetz) sowie die konse-  
 1096 quente Sicherstellung der Futtergrundlage im Rahmen der flächengebundenen Tierhal-  
 1097 tung sind darüber hinaus zentrale Forderungen, die wir rechtlich absichern wollen. Wir  
 1098 wollen in NRW regionale kleine Schlachthöfe und mobile Schlachteinrichtungen fördern,  
 1099 die für kurze oder keine Transportwege und eine regionale Vermarktung ihrer Produkte  
 1100 stehen.

1101 Damit der Umbau der Tierhaltung gelingt und an Dynamik gewinnt, treten wir ein für die  
 1102 Kennzeichnungspflicht von Fleisch nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung. Produkte, zu  
 1103 deren Herstellung Eier verwendet werden, sollen mit einem Hinweis auf die Herkunft der  
 1104 Eier versehen werden.

## 1105 **NRW-Weidemilchprogramm / Kühe auf die Weiden, ein Siegel** 1106 **für NRW**

1107 Einen ähnlichen Weg wollen wir in der Milchwirtschaft beschreiten. Zur Bewältigung der  
 1108 aktuellen und Vorbeugung vor zukünftigen Milchkrisen sind auf europäischer Ebene zeit-  
 1109 lich befristete, sanktionsbehaftete Mechanismen unabdingbar. Gleichzeitig müssen die  
 1110 Rahmenbedingungen insbesondere für die Produzent\*innen, die Bäuerinnen und Bauern  
 1111 so gestaltet werden, dass sie auf gleicher Augenhöhe mit Ernährungsweltkonzernen und  
 1112 großen Handelsketten sowie europäisch agierenden Molkereien mithalten können. Dar-  
 1113 über hinaus wollen wir mit einer Qualitätsstrategie die Wertschöpfung in der Urproduk-  
 1114 tion deutlich erhöhen. Mit einem Programm „Arterhaltung“ mit schmackhaften Produkten  
 1115 („NRW schmeckt lecker“) wollen wir eine weniger leistungsintensive Milchviehwirtschaft  
 1116 mit neuen qualitativ hochwertigen Milch- und Käseprodukten verknüpfen.

1117 Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland mit nahezu 18 Millionen Verbraucher\*innen. Da-  
 1118 mit liegt der Markt für unsere Landwirtschaft vor der Haustür. In NRW werden 390.000  
 1119 Milchkühe gehalten, sie sind ein wichtiges Standbein der hiesigen Landwirtschaft. Ein at-  
 1120 traktives NRW-Weidemilchprogramm soll beides miteinander verknüpfen und der Land-  
 1121 wirtschaft helfen, ihre Produkte aus der Milchviehhaltung unter einem Siegel „NRW-  
 1122 Weidemilch“ regional zu vermarkten. Weidemilch steht für: weniger intensive Flächen-  
 1123 nutzung, geringere Milchleistung, artgerechte Tierhaltung und höhere Qualität der Milch.  
 1124 Als Gegengewicht zu den großen marktbeherrschenden Konzernen wollen wir den Aufbau  
 1125 regionaler kleinerer Molkereien fördern Die Milchviehhaltung ist ein Bereich der Landwirt-  
 1126 schaft, der noch überwiegend bäuerlich geprägt ist. Aber auch hier gibt es Tendenzen zur  
 1127 Konzentration und zum einzelbetrieblichen Wachstum, das unter anderem dazu führt, dass  
 1128 Milchkühe immer häufiger ganzjährig im Stall gehalten werden. Das ist auch aus Sicht des

1129 Naturschutzes problematisch, weil Weiden eine besondere hohe ökologische Qualität auf-  
1130 weisen.

## 1131 **Wertschätzung von (regionalen) Lebensmitteln / Schützen und** 1132 **Nützen im Gleichgewicht**

1133 Wir werden die Ökologisierung der Landwirtschaft weiter voranbringen. Schützen und  
1134 Nützen müssen im Gleichgewicht sein oder wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.  
1135 Deshalb werden wir die erfolgreichen Förderansätze zur Stärkung regionaler Wirtschafts-  
1136 kreisläufe und fairer Wertschöpfungsketten fortsetzen und ausbauen. „NRW is(s)t gut“ und  
1137 „Heimat schmeckt gut“ sind dabei Leitmotive. Unser Ziel ist es, regionale Ansätze und Ak-  
1138 tivitäten über den Konsum und den Genuss zu entwickeln. Der von uns ins Leben gerufene  
1139 Runde Tisch Wertschätzung Lebensmittel wird auch in Zukunft gegen Lebensmittelver-  
1140 schwendung und für eine neue Kultur der Wertschätzung dessen, was auf unseren Tisch  
1141 kommt, arbeiten. Wir setzen uns für ein Lebensmittelwegwerfverbot nach französischem  
1142 Vorbild ein, nach dem Händler\*innen nicht verkaufte Nahrungsmittel spenden, verarbeiten,  
1143 als Tierfutter verwenden oder kompostieren müssen.

## 1144 **Kauf- und Pachtpreisbremse – Bauernland in Bauernhand**

1145 Angesichts steigender Kauf- und Pachtpreise wollen wir bäuerlichen Betrieben einen bes-  
1146 seren Zugriff auf Grundstücke ermöglichen. Hierzu streben wir eine Miet- und Pachtpreis-  
1147 bremse sowie mehr Transparenz der regionalen Märkte an. Damit wollen wir die Land-  
1148 wirt\*innen vor Ort stärken und sie bei Kauf und Pacht von landwirtschaftlicher Nutzfläche  
1149 besser stellen: Bauernland gehört in Bauernhand.

## 1150 **Reduzierung von Schadstoffeinträgen aus der Landwirtschaft /** 1151 **Sauber ackern, Natur schützen**

1152 Wir treten ein für die Ökologisierung der Landbewirtschaftung, die wir gesellschaftlich  
1153 weiter verankern wollen. Eine intakte Umwelt und Kulturlandschaft kommt sowohl den  
1154 Menschen als auch dem Naturschutz zugute. Wir bringen Beides zusammen und wollen  
1155 die Belastungen durch Pestizide aus der Landwirtschaft und die Ausbringung von Gül-  
1156 le verringern, damit die Artenvielfalt zu Land und im Wasser sich erholt. Vorsorgender  
1157 Gesundheitsschutz ist ein hohes Gut. Durch sauberes Wasser und intakte Böden sichern  
1158 wir die Bereitstellung und Produktion von unbelasteten Lebensmitteln. Auf Bundesebene  
1159 setzen wir uns für ein Pestizid-Reduktionsprogramm ein und sorgen dafür, dass es keine  
1160 weitere Zulassung von Mitteln wie Glyphosat und Neonikotinoiden gibt, wenn sie die Ar-  
1161 tenvielfalt und Gesundheit gefährden. Ähnlich wie bei den Antibiotika in der Tierhaltung  
1162 streben wir auch bei den „Pflanzenschutzmitteln“ einen Systemwechsel an. Im Mittelpunkt  
1163 soll zukünftig die Pflanzengesundheit stehen. Die entsprechende Rechtssetzung muss sich  
1164 von einem Zulassungsrecht weg hin zu einem Anwendungsrecht mit klaren Reduktions-  
1165 zielen und der Priorität für biologische und ökologisch verträgliche Substanzen wandeln.

1166 Die Düngeverordnung soll so formuliert werden, dass Nitrateinträge in die Gewässer über-  
1167 prüfbar minimiert werden sowie die gewässerschonende Landwirtschaft flächende-  
1168 ckend betrieben und über Hoftorbilanzen zur besseren Steuerung der Stickstoffkreisläufe  
1169 dokumentiert wird. Güllelagerstätten sollen mit baulichen Auffanganlagen versehen wer-  
1170 den, so dass bei Unfällen die Gülle nicht in die Gewässer oder den Boden gelangen kann.

## 1171 Europäische Agrarpolitik / Öffentliches Geld für öffentliche Gü- 1172 ter

1173 Der Grundsatz der gemeinsamen Agrarpolitik in Europa muss lauten: „Öffentliches Geld  
1174 für öffentliche Güter“. Der Umbau der Tierhaltung, die gerechtere Verteilung der euro-  
1175 päischen Fördermittel und die weitere Umschichtung von EU-Finanzmitteln in die zweite  
1176 Säule zum Ausbau von Agrarumweltprogrammen, von klimaschonender Landwirtschaft  
1177 und des ökologischen Landbaus sind für uns Kernelemente der Neuausrichtung der  
1178 Europäischen Agrarpolitik. Mit neuen Fördermodellen, die Umweltverträglichkeit und Ar-  
1179 beitsaufwand berücksichtigen, wollen wir die bäuerliche Landwirtschaft in NRW stärken.  
1180 Angesichts der Marktkrisen und der miserablen Einkommenssituation der landwirtschaft-  
1181 lichen Betriebe werden wir ein „Zukunftsprogramm bäuerliche Landwirtschaft – für ein  
1182 Bündnis von Verbrauchern und Landwirtschaft“ erarbeiten.

## 1183 Beratungszentrum für nachhaltige Landwirtschaft

1184 Für die Erhaltung von regionalen Strukturen und der damit verbundenen Chance für Wert-  
1185 schöpfung und Beschäftigung müssen verschiedenste Bereiche auf den Prüfstand. Dazu  
1186 gehören der Abbau von Bürokratie, die Nutzung von Handlungsspielräumen zugunsten des  
1187 Handwerks sowie die Förderung von Qualifikation und Ausbildung. Weitere Maßnahmen  
1188 sind Marketingkonzepte und die Unterstützung von Investitionen im Rahmen des NRW-  
1189 Programms Ländlicher Raum, um die lokale Verankerung zu verstetigen. „Made in NRW“  
1190 soll aber auch in den Städten zur Marke heranreifen und für gute Lebensmittel aus artge-  
1191 rechter Tierhaltung und umweltschonender Landwirtschaft stehen. Information, Beratung  
1192 und Vernetzung können zu ökologischerer Produktion und dem Konsum ökologisch pro-  
1193 duzierter Lebensmittel beitragen. Deshalb wollen wir diese in einem Beratungszentrum  
1194 für nachhaltige Landwirtschaft zusammenführen.

## 1195 Europäische Wirtschafts- und Freihandelspolitik

1196 NRW liegt im Herzen Europas. Wirtschaftspolitik ist heute ohne die europäische Ebene  
1197 nicht mehr denkbar. Nordrhein-Westfalen profitiert besonders von der europäischen Ver-  
1198 einigung – gerade ökonomisch. Hiesige Unternehmen sind europa- und weltweit aktiv. Für  
1199 Investoren aus dem EU- und weiteren Ausland ist Nordrhein-Westfalen wiederum aufgrund  
1200 der zentralen Lage, aber auch seiner Größe ein interessanter und bedeutender Wirtschafts-  
1201 markt und -standort. Erfolg bedeutet aber auch Verantwortung. Die intensive Einbindung

1202 in den internationalen Handel ist nicht nur ein zentraler Baustein unseres Erfolges, sie ver-  
1203 pflichtet uns auch dazu, uns für faire, nachhaltige Produktionsbedingungen in NRW und in  
1204 unseren Partnerländern einzusetzen.

1205 Gemeinsam sind die Mitgliedsstaaten der EU auch verpflichtet, ihre demokratischen Mit-  
1206 wirkungsrechte, aber auch hiesige Standards und Werte des Wirtschaftens zu schützen.  
1207 Handel und Warenverkehr können Bausteine für Wohlstand sein. Allerdings braucht Han-  
1208 del soziale und ökologische Leitplanken. Diese fehlen bei den geplanten Freihandelsab-  
1209 kommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und dem ausverhandelten  
1210 Abkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) sowie dem derzeit ver-  
1211 handelten Dienstleistungsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement). Die umstritte-  
1212 nen Freihandelsabkommen lassen unter anderem negative Folgen für die kommunale Da-  
1213 seinsvorsorge und europäischen Standards beispielsweise in den Bereichen Produktsicher-  
1214 heit, Gesundheits-, Sozial-, Umwelt-, Klima-, Lebensmittel- und Tierschutz, Verbraucher-  
1215 und Datenschutzrechte sowie Schutzrechte für Arbeitnehmer\*innen befürchten.

## 1216 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1217 Für uns GRÜNE ist die Vernetzung mit unseren europäischen Nachbar\*innen selbstver-  
1218 ständlich. Wir haben uns gemeinsam mit zahlreichen Akteur\*innen unter anderem für ei-  
1219 ne gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik eingesetzt. Im Oktober 2013 haben wir  
1220 die Benelux-Strategie des Landes beschlossen. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg und  
1221 NRW sollen dadurch zu einem gemeinsamen Wirtschafts-, Umwelt-, Wissens- und Kultur-  
1222 raum Nordwesteuropa weiter zusammenwachsen. Weitere Vertiefungen der Zusammen-  
1223 arbeit erfolgen über die Interreg-Programme der EU-Strukturpolitik. Daneben haben wir  
1224 die Zusammenarbeit mit NRWs Partnerregionen Nord-Pas de Calais in Frankreich und der  
1225 Woiwodschaft Schlesien in Polen weiter intensiviert. Im August 2014 wurde eine neue  
1226 gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit der drei Regionen unterzeichnet. Darin  
1227 unterstreichen wir die Kooperation und die Notwendigkeit von Projekten unter anderem  
1228 im Bereich Wirtschaft.

1229 Auch zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada pflegt NRW freundschaftliche  
1230 und wirtschaftliche Kontakte. Bei den umstrittenen und von uns abgelehnten Freihan-  
1231 delsabkommen TTIP und CETA mit den USA beziehungsweise Kanada haben wir GRÜNEN  
1232 aber schon früh auf die Gefahren für unsere europäischen Standards, unsere mittelständ-  
1233 ige Wirtschaft und nicht zuletzt auch unsere rechtsstaatlichen Prinzipien hingewiesen.  
1234 So haben wir dazu beigetragen, dass der Bereich der audiovisuellen Medien bei den TTIP-  
1235 Verhandlungen ausgenommen wurde.

## 1236 **Gemeinsam und nachhaltig wirtschaften in Europa**

1237 Gerade die Erfahrungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und die ersten Folgen des Brexit-  
1238 Votums für Unternehmen zeigen, dass wir mehr Europa brauchen und dass nationale Ei-  
1239 gensucht und Alleingänge keinen Platz in einer modernen, globalisierten Welt haben. Die



1240 europäischen Verträge müssen zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Sparpolitik ist kei-  
1241 ne Lösung, um die Krise zu überwinden. Wir benötigen eine europaweite engagierte In-  
1242 itiative für ein nachhaltiges Wachstum und eine gemeinsame europäische Wirtschaftspo-  
1243 litik. Sie ist ein Aspekt eines vertieften Europas. Unentbehrlich sind aber auch der Schutz  
1244 des Lebens und der natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine soziale Sicherung für den  
1245 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen.  
1246 Daher gehören zu einem vertieften Europa eine gemeinsame und ambitionierte Umwelt-,  
1247 Klima- und Sozialpolitik untrennbar hinzu. Dies darf nicht aus wirtschaftlichen Interessen  
1248 heraus verhindert werden. Wir wollen Teilhabe, soziale Rechte und Sozialstandards für al-  
1249 le ausbauen. Dazu gehören auch Barrierefreiheit und eine inklusive Gesellschaft. Soziale  
1250 und arbeitsrechtliche Standards in der öffentlichen Daseinsvorsorge, einschließlich der  
1251 sozialen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen und gesundheitlichen Dienstleistungen,  
1252 sowie bei der Wohnraumversorgung sollen Priorität gegenüber dem europäischen Wett-  
1253 bewerbsrecht haben. Für alle Arbeitnehmer\*innen muss gelten: gleicher Lohn für gleiche  
1254 und gleichwertige Arbeit am gleichen Ort.

1255 Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine wichtige Säule europäischer Politik und wird von  
1256 uns nicht infrage gestellt. Freizügigkeit ist für jede und jeden ein unverzichtbarer Bestand-  
1257 teil persönlicher Freiheit und gleichzeitig von großem Wert für unsere Gesellschaft. Aus  
1258 unserer Alltagsarbeit in den Städten und Gemeinden wissen wir aber auch: Die Gewähr-  
1259 leistung dieses Grundrechts bedeutet vor dem Hintergrund der sozialen und ökonomi-  
1260 schen Problemlagen vor Ort Herausforderungen für die Kommunen. Die Integration der  
1261 EU-Bürger\*innen und ihrer Familien erfordert finanzielle und auch personelle Ressourcen,  
1262 über die insbesondere Kommunen mit großen Haushaltsdefiziten nicht verfügen. Deshalb  
1263 fordern sie seit Langem finanzielle Unterstützung, auch und gerade von der Europäischen  
1264 Union.

## 1265 **Nur fairer Handel ist freier Handel**

1266 Die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP laufen nun seit fast  
1267 zwei Jahren. Seit Sommer 2013 ist der Protest dagegen immer lauter geworden, hat mehr  
1268 Länder innerhalb der EU erreicht und vor allem verschiedenste Bereiche der Gesellschaft  
1269 erfasst. Von Gewerkschaften über Umweltverbände, von Kunstschaffenden über kommuna-  
1270 le Vertreter\*innen, von Mittelständler\*innen und Landwirt\*innen bis hin zu Datenschüt-  
1271 zer\*innen: Die Kritik an den Plänen ist thematisch breit und inhaltlich fundiert. Im Zen-  
1272 trum des Protestes stehen fehlende Transparenz der TTIP-Verhandlungen und eine Ver-  
1273 handlungsagenda, die einseitig auf Deregulierung und Investoren-Schiedsgerichte setzt,  
1274 zulasten von Demokratie, Umwelt und Verbraucher\*innen. Gegen diese Pläne sind bereits  
1275 Hunderttausende auf die Straße gegangen. Wir halten die Proteste und die Kritik an den  
1276 Verhandlungen für begründet und notwendig und unterstützen sie ausdrücklich.

1277 Grundsätzlich gilt für uns: Handelsabkommen, die negative Folgen für die kommunale  
1278 Daseinsvorsorge beinhalten, die Umwelt- oder Verbraucherschutzstandards direkt oder  
1279 indirekt absenken oder die Einführung neuer Standards behindern, oder die zwischen In-  
1280 dustrieländern gänzlich unnötigen und hoch riskanten Investor-Staatsklagen im Vertrag  
1281 verankern, sind für uns GRÜNE in NRW nicht zustimmungsfähig.

1282 Inhaltlich dürfen die europäischen Standards im Umwelt- und Klimaschutz sowie im  
1283 Gesundheits-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz nicht abgesenkt werden, um das  
1284 höchstmögliche Schutzniveau der Bürger\*innen in Nordrhein-Westfalen zu gewährleis-  
1285 ten. Zudem könnten soziale und ökologische Standards, wie sie unser Tariftreue- und Ver-  
1286 gabegesetz ermöglicht, ausgehebelt werden. Beides wollen wir verhindern.

1287 Wir wollen internationalen Handel. Wir wollen aber nicht, dass dies zulasten von Entwick-  
1288 lungsländern geschieht. Genau dies droht aber mit TTIP zu passieren.

## 1289 **Keine Sonderrechte für Investor\*innen**

1290 CETA, das Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada, ist fertig verhandelt und liegt  
1291 in seiner endgültigen Fassung vor. Würde CETA in der vorliegenden Form beschlossen,  
1292 würde der Gestaltungsspielraum der Länder und Gemeinden erheblich einschränkt wer-  
1293 den, unter anderem in Bezug auf die Erbringung der Daseinsvorsorge. Die Ausnahmen für  
1294 öffentliche Dienstleistungen sind unzureichend definiert und garantieren keinen ausrei-  
1295 chenden Schutz. Darüber hinaus sind die öffentlichen Dienstleistungen nicht von den in  
1296 CETA verankerten Investitionsschutzbestimmungen ausgenommen. Auf diese Weise wer-  
1297 den Klagen von kanadischen Investoren oder Firmen mit Dependancen in Kanada gegen  
1298 Maßnahmen zur Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge vor einem umstrittenen  
1299 Schiedsgericht ermöglicht.

1300 Europa, die USA und Kanada haben starke Rechtssysteme. Es gibt bereits intensive  
1301 Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen diesen Ländern, auch ohne Investorenpri-  
1302 vilegien. Eine funktionierende Infrastruktur oder gut ausgebildete Fachkräfte sind weitaus  
1303 wichtiger für Investor\*innen als Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS). Dies zeigt: ISDS ist  
1304 schlicht unnötig.

1305 Wir schließen uns dem Beschluss des Bundesrates an, wonach diese Klageprivilegien  
1306 unnötig und mit hohen Risiken verbunden sind. Daran ändert auch nichts, dass die EU-  
1307 Kommission mit dem CETA-Abkommen versucht hat, ein Investitionsschutzkapitel vorzu-  
1308 legen, das einige Kritikpunkte aufgreift und zu entschärfen versucht. Viele elementare  
1309 Probleme würden damit weiter bestehen. Neben TTIP und CETA verhandelt die EU wei-  
1310 tere Abkommen, die ISDS enthalten sollen. CETA würde die Richtung für weitere Verein-  
1311 barungen vorgeben. Auch deshalb ist es so wichtig, keinen Präzedenzfall auf EU-Ebene  
1312 entstehen zu lassen. Wir GRÜNE in NRW lehnen Klageprivilegien für Konzerne durch TTIP  
1313 und CETA deshalb ab. Die Praxis hat gezeigt, dass in vielen Fällen die Weiterentwicklung  
1314 von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards durch Klagen verhindert wurde oder teuer  
1315 bezahlt werden musste.

## 1316 **Kulturelle Vielfalt und Vorsorgeprinzip schützen**

1317 Durch die Unterzeichnung einer UN- Konvention haben sich Deutschland und die EU zum  
1318 Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen bekannt. Den Grundsät-  
1319 zen dieser Konvention sind wir auch im Rahmen von Freihandelsabkommen verpflichtet.  
1320 CETA enthält für die EU keine generelle Ausnahme für kulturelle Dienstleistungen, sondern

1321 allein eine Ausnahme für den audiovisuellen Bereich. Damit hat sich die EU ausdrücklich  
1322 darauf eingelassen, CETA in der EU auf mehr kulturelle Bereiche auszuweiten als in Ka-  
1323 nada. Das ist unbefriedigend und auch deshalb ein Problem, weil es erneut als Blaupause  
1324 für TTIP dienen und den europäischen Markt weiter für US-amerikanische Anbieter öffnen  
1325 könnte.

1326 Das Vorsorgeprinzip wird durch CETA geschwächt. Es ist ein Grundpfeiler des Umwelt- und  
1327 Verbraucherschutzes in Europa. Es ermöglicht frühzeitiges politisches Handeln auch dann,  
1328 wenn noch nicht vollständig gewiss ist, ob ein Produkt schädlich ist. Stattdessen tendiert  
1329 CETA – genau wie TTIP – zum wissenschaftsbasierten Ansatz, der dazu im Gegensatz steht.  
1330 Er lässt zu, dass Mensch und Umwelt Schaden nehmen, weil erst eingegriffen wird, wenn  
1331 der letzte Nachweis erbracht ist.

1332 Der Verzicht auf eine Verankerung des Vorsorgeprinzips bekommt noch einmal eine beson-  
1333 dere Brisanz durch die sogenannte regulatorische Kooperation – also den Versuch, Stan-  
1334 dards, Normen und Zulassungsprozedere durch CETA anzugleichen. Dabei ist CETA als ein  
1335 sogenanntes lebendiges Abkommen („living agreement“) verhandelt worden: Es soll sich  
1336 auch nach Abschluss weiterentwickeln, in dem Mechanismen für die zukünftige Anglei-  
1337 chung von Standards vereinbart wurden. Dabei geht es unter anderem um politisch sehr  
1338 sensible Fragen wie die Kriterien für Produktzulassungen in Europa bei Lebensmitteln,  
1339 zum Beispiel gentechnisch veränderten Organismen. Die europäischen und kanadischen  
1340 Schutzstandards stehen bei CETA im Visier.

1341 TiSA ist ein geplantes Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Es beabsichtigt,  
1342 alle Dienstleistungen dem globalen Markt zu öffnen. Hinter verschlossenen Türen ver-  
1343 handelt eine Gruppe von 22 Staaten und der EU als Staatenbund das Handelsabkommen,  
1344 darunter die USA, Kanada, Australien, Japan und auch die Schweiz. Wie schon bei TTIP  
1345 und CETA droht die (weitere) Liberalisierung und Privatisierung von Wasser, Abfallentsor-  
1346 gung, Stromversorgung, Bildung, im Gesundheitswesen, dem öffentlichen Nahverkehr, Ver-  
1347 sicherung, Telekommunikation, Post, digitalem Handel und im Finanzbereich. Eine weitere  
1348 Gefahr birgt TiSA für die Rekommunalisierung, also das Rückgängigmachen von privati-  
1349 sierten Dienstleistungen. Würde TiSA beschlossen, wäre es unmöglich, beispielsweise die  
1350 Privatisierung von Wasser wieder rückgängig zu machen. Das lehnen wir ab.

## 1351 **TTIP und CETA stoppen – transparenter Neustart der EU-** 1352 **Handelspolitik**

1353 Wir wollen internationalen Handel. Aber nicht um jeden Preis. Ziel unserer Handelspoli-  
1354 tik ist ein Austausch über gute Standards, gute Arbeitsbedingungen und eine gute Regu-  
1355 lierungspraxis, sowie eine Vereinheitlichung von technischen Normen. Dies würde auch  
1356 insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen nutzen.

1357 Um solch eine Handelspolitik zu gestalten braucht es starke und entschlossene staatliche  
1358 Rahmensetzungen und eine transparente, multilaterale Politik.

1359 Die Verhandlungen zum Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) gehen al-  
1360 lerdings in eine andere Richtung. Gemeinsam mit dem EU-Kanada-Abkommen (CETA) und  
1361 dem geplanten Dienstleistungsabkommen TiSA stehen sie für eine Handelspolitik, die auf

1362 Exklusivität statt auf Multilateralismus setzt, auf Intransparenz statt auf faire Bürgerbetei-  
1363 ligung und auf Deregulierung statt auf gemeinsame gute Standardsetzung. Verlierer\*innen  
1364 der Handelsabkommen CETA und TTIP wären die sogenannten Entwicklungs- und Schwel-  
1365 lenländer. Zu erwarten sind deutliche Rückgänge der Handelsvolumen mit den Ländern  
1366 des globalen Südens. Folgen wären schrumpfende Volkswirtschaften und das Sinken des  
1367 Pro-Kopf-Einkommens gerade in den ärmsten Ländern. Wir wollen jedoch die Chancen und  
1368 Marktzugänge dieser Länder stärken.

1369 Was wir stattdessen benötigen ist ein Neustart in der europäischen Handelspolitik. So ei-  
1370 ne Handelspolitik muss unsere Grundüberzeugungen nach Fairness, Nachhaltigkeit und  
1371 Transparenz spiegeln, Sozial-, Umwelt-, Verbraucher-, Datenschutz- und Gesundheitsstan-  
1372 dards stärken, und transparent und demokratisch verhandelt werden.

1373 Wir wollen deswegen TTIP und CETA stoppen und auf transparenter Grundlage neu ver-  
1374 handeln. Diese Abkommen müssen dem Bundestag und Bundesrat zur Entscheidung vor-  
1375 gelegt werden und dürfen von der EU-Kommission nicht zur vorläufigen Anwendung ge-  
1376 bracht werden. Sollte der CETA-Vertragstext unverändert im Bundesrat zur Abstimmung  
1377 kommen, wollen wir, dass NRW diesem Abkommen nicht zustimmt. Klarstellungen durch  
1378 Protokollnotizen können die falschen Festlegungen im Vertragstext selbst nicht heilen.  
1379 Wir unterstützen daher die Volksinitiative „NRW gegen CETA und TTIP“, unter deren Dach  
1380 sich etliche Organisationen und Verbände aus NRW zusammengefunden haben, politisch  
1381 und organisatorisch.

1382 Wir GRÜNEN in NRW wollen auch in den kommenden Monaten zur europäischen Handels-  
1383 politik aktiv bleiben, denn sie betrifft direkt unsere Demokratie in Europa, in NRW und in  
1384 den Kommunen.

## 1385 Europäische Wirtschafts- und Freihandelspolitik – das wollen wir 1386 GRÜNE

- 1387 • Mehr Europa und eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der europäischen Verträge
- 1388 • Dass soziale und arbeitsrechtliche Standards Priorität gegenüber dem europäischen  
1389 Wettbewerbsrecht haben
- 1390 • NRWs Rolle im Herzen Europas und die Vernetzung mit unseren Nachbarn ausbauen
- 1391 • Keine Freihandelsabkommen um jeden Preis. Daher fordern wir den Stopp von TTIP und  
1392 CETA und transparente Neuverhandlungen
- 1393 • Wir wollen, dass NRW CETA im Bundesrat nicht zustimmt

## Antragsteller\*innen

Landesvorstand